:antifaschistische nachrichten Nr. 8

g 3336 24.4.2009 25. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Protest gegen Rassistenkongress wächst

Am Freitag, den 14.4. stellte das Bündnis „Köln stellt sich quer – Kein Rassismus in Köln“ seine Aktionen gegen den für den 9. Mai geplanten sog Anti-islamisierungskongress von Pro Köln/Pro NRW vor.

„Wir werden uns nicht nur am 9. Mai 2009, sondern auch davor und danach mit vielen Aktionen und Veranstaltungen in den Stadtbezirken aktiv gegen Rassismus in unser Stadt stellen. Wir fordern die Menschen in Köln auf, sich auch in ihrem persönlichen Umfeld gegen Fremdenfeindlichkeit einzusetzen und für ein friedliches Zusammenleben in den Stadtbezirken zu engagieren“, erklärte der DGB-Regionsvorsitzende Andreas Kossiski stellvertretend für das Bündnis der Kölner Stadtgesellschaft.

Im April und Mai 2009 lädt das Bündnis zu vielen dezentralen Veranstaltungen in den Stadtbezirken ein:

Veranstaltungen in Bürgerzentren, Kirchengemeinden, bei Gewerkschaften und Parteien, der Kölner Volkshochschule, aber auch Aktivitäten innerhalb der Jugendkulturszene werden durchgeführt. Im Vordergrund steht die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Themen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.

Am Freitag, den 8. Mai 2009 findet im Gürzenich unter der Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Schramma eine zentrale Veranstaltung unter dem Titel: „8. Mai 1945 – 2009. Aus der Geschichte lernen: Die Kölner Friedensverpflichtung leben!“ mit Podiumsdiskussionen und verschiedenen Arbeitsgruppen statt.

Am 9. Mai wird ab10 Uhr eine Auftaktkundgebung auf dem Heumarkt gegen den „Anti-Islamisierungskongress“ von Pro Köln stattfinden, anschließend eine Demonstration in Richtung Kundgebungsplatz der „Pro“-Leute.

Fortsetzung Seite 3

Inhalt:
Rasmussen & Rassismus 10
Einblicke in die organisierte Rechte in Japan, Teil I 14

Generalprobe für „Antiislamisierungskongress:

Pro Köln-Mahnwache erfolgreich gestört

Fotos: Karin Richert

Hocherfreut zeigte sich die anwesende pro-Köln-Führungsriege am Ostersamstag, dem Tag ihrer letzten Mahnwache vor der DITIP-Moschee an der Venloer Straße, über den regen Zulauf vor allem junger Menschen zu ihrer Veranstaltung. Die Sorgen, die sie sich im Vorfeld über eine angesichts der Osterfeiertage und der dauerhaften Erfolglosigkeit ihrer Kundgebungen, die Monat für Monat vor einem Publikum stattfanden, das ausschließlich aus Gegendemonstrant(inn)en und genervten Polizeibeamten bestand, peinlich geringe Beteiligung gemacht hatte, schien unbegründet gewesen zu sein: Deutlich mehr Menschen, und vor allem jüngere als sonst, hatten sich am 11. April zur Mahnwache eingefunden und waren sogar bereit, sich mit Fahnen und Transparenten aktiv zu beteiligen.

Doch die Freude der Rassisten hielt nicht lange an: Kaum hatte Jörg Uckermann als erster Redner das Wort ergriffen, flogen die Deutschlandfahnen und Hetztransparente weg und wurden durch antifaschistische Plakate und ein Transparent ersetzt, das die Aktionen gegen den geplanten „Antiislamisierungskongress“ am 9. Mai ankündigte. Ungefähr 30 Antifaschist(inn)en hatten sich unerkannt unter den Anhang der Rechten gemischt und machten lautstark und bunt deutlich, was sie von dem braunen Spuk hielten. Sie zeigten damit, dass sie ihre Losung für den 9.5. „Aufgestanden! Hingegangen! Abgepfiffen!“ durchaus ernst meinen und sie nicht erst im Mai Wirklichkeit werden lassen wollen. Für sie war der Ostersamstag die Generalprobe für ihre Aktionen gegen den geplanten „Antiislamisierungskongress“. Nachdem die zum Teil ausgesprochen amüsiert wirkenden Polizisten die ungebetenen Besucher(innen) herausgebeten und hinter die Absperrungen geschickt hatten, bestätigten sich die Sorgen der Rassisten über die geringe Teilnehmerzahl doch noch: Übrig blieb ein armseliges Häufchen von Unbelehrbaren, denen lediglich Polizeibeamte zuhörten – und die nicht freiwillig. *tri* ■

Priesterbruder im Burschenhaus

MARBURG. Einschlägig bekannte Personen sind bei der Marburger „Burschenschaft Rheinfranken“ schon in der Vergangenheit als Referenten angekündigt worden: Horst Mahler, Franz Schönhuber, Martin Hohmann und im vergangenen Jahr der Chef der selbsternannten „Bürgerbewegung pro Deutschland“, Manfred Rouhs. Am 12. Mai wird im Haus der Marburger Burschen der Distriktobere der „Priesterbruderschaft St. Pius X.“, Pater Franz Schmidberger, zu einem Vortrag erwartet. Schmidberger, unlängst noch Interviewpartner des rechten Berliner Wochenblattes „Junge Freiheit“, soll über „Chancen und Risiken für das Christentum im Europa des 21. Jahrhunderts“ sprechen. *hma* ■

„Bibliothek des Konservatismus“

BERLIN. Eine öffentliche Bibliothek des Konservatismus soll bis 2011 in Berlin entstehen. Den Grundstock für dieses Projekt stellt die Privatbibliothek des unlängst verstorbenen Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing dar. 20000 Bücher umfasst der Nachlass des früheren Herausgebers der extrem rechten Zeitschrift „Criticon“. Diese wurden bereits im vergangenen Jahr von München nach Berlin gebracht, wo sie nun in „vorläufigen Büroräumen“ der im Jahr 2000 gegründeten „Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung“ sortiert und katalogisiert werden. Nun sucht die Stiftung, die den „Baltasar-Gracian-Kulturpreis“ und „Gerhard-Löwenthal-Preis“ vergibt, unter Leitung ihres Stiftungsratsvorsitzenden Dieter Stein, Chefredakteur der „Jungen Freiheit“, „eine geeignete Immobilie oder Räume, die einen angemessenen Bibliotheksbetrieb ab 2011 möglich machen“. Gesucht wird aber nicht nur nach einer Bleibe für den Nachlass. Regelmäßige Spendeneingänge sollen das Projekt finanziell absichern. Zudem werden ehrenamtliche Mitarbeiter für einen „Expertenkreis“ gesucht. *hma* ■

Kampf um Schloss Horst

GELSENKIRCHEN. Die so genannte „Bürgerbewegung pro NRW“ will am 14. Juni ihren Landesparteitag im Gelsenkirchener Schloss Horst durchführen. Mit großer Mehrheit hatte der Rat der Stadt Gelsenkirchen Ende März einem Antrag zugestimmt, der die Überlassung des Veranstaltungsortes an „Pro NRW“ ablehnt. Es sei unerträglich, dass eine „das demokratische System verächtlich machende Vereinigung wie pro NRW“ an diesem Ort tagen wolle, heißt es in dem Antrag. Der Chef des Gelsenkirchener „Pro NRW“-Ablegers, zugleich stellvertretender Landesvorsitzender von „Pro NRW“, Kevin Gareth Hauer, hat rechtliche Schritte gegen die Entscheidung der Stadt angekündigt.

„Wir werden auf jeden Fall unseren pro-NRW-Landesparteitag am 14. Juni in Schloss Horst durchführen“, tönt der Burschenschafter, der nach dem Ende seines Engagements bei den so genannten „Republikanern“ erst einmal dem NPD-Organ „Deutsche Stimme“ ein Interview gab. Ein „Pseudodemokrat“ wie Oberbürgermeister Baranowski, so Hauer, werde dies „selbst mit einer Beugung des Rechts nicht verhindern können“. Noch im vergangenen Jahr hatte in den Räumen von Schloss Horst der „Bezirksparteitag“ des „Pro NRW“-Bezirksverbandes Ruhrgebiet stattgefunden.

hma ■

BdV-Stiftung bleibt

BERLIN. Die Bundesversammlung des „Bund der Vertriebenen“ (BdV) hat Mitte März die Fortsetzung der Arbeit der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ beschlossen. Die neue Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ ersetze die bisherige Arbeit nicht. Zwar begrüße man die Gründung der Bundesstiftung, die eigene Arbeit werde man jedoch intensiv fortsetzen.

Von Mitte Juli bis Anfang August will der BdV seine neue Ausstellung zur Siedlungsgeschichte der Deutschen außerhalb des Deutschen Reiches in Berlin zeigen. Mittels einer „multimedialen Landkarte mit angeschlossenen Media-Stationen“ sollen Kenntnisse über die Herkunftsgebiete der sog. Vertriebenen vermittelt werden. Außerdem soll die Wanderausstellung „Erzwungene Wege – Flucht und Vertreibung im Europa des 20.Jahrhunderts“ demnächst in Nürnberg, Erfurt, Recklinghausen und Hannover zu sehen sein. *hma* ■

Gemeinderatswahl 2009: Zwölf Listen wollen antreten – zwei faschistische zu viel

MANNHEIM. Bis Donnerstag, 9. April, wurden beim Wahlleiter für die Gemeinderatswahl 2009 in Mannheim 12 Listen eingereicht. Die bisher nicht im Gemeinderat vertretenen Listen benötigen je 250 Unterstützungsunterschriften.

Laut Pressemitteilung der Stadt Mannheim handelt es sich um folgende Listen: CDU, SPD, GRÜNE, ML, FDP, Bürger-Union, (alle bisher schon vertreten), Die Linke, REP (8), Wählergruppe Falzone (1), Die Bürgeropposition, EUM (Europäische Mannheimer Liste), DLM (Deutsche Liste Mannheim, 16). Wenn weniger als 48 Bewerberinnen und Bewerber eingereicht wurden, ist die Zahl in der Klammer genannt.

Demnach wollen zwei rechtsextreme Parteien bzw. Wählervereinigungen antreten: Die REP und die „Deutsche Liste Mannheim“. Während die „Republikaner“ hinreichend bekannt sind („für Heimatrecht und gegen Überfremdung …, für mehr Innere Sicherheit durch Recht und Ordnung“), dürfte dies bei der DLM weniger der Fall sein. Es ist anzunehmen, dass sich die DLM auf den Verbund der „Deutschen Liste“ stützt mit Sitz in Weinheim und Ableger z.B. in Rauenberg. In Altrip und Ludwigshafen möchte sie ebenfalls zur Kommunalwahl antreten; in Altrip als „Altriper Liste“ gemeinsam mit der „Deutschen Volksunion“ (DVU). Bei der OB-Wahl 2007 in Mannheim erhielt der DL-Funktionär Stefan Wollenschläger, der zuvor schon in Eschelbronn kandidiert hatte, 1.034 Stimmen (1,32%).

Die DL versteht sich als Einigungsprojekt der gesamten deutschen Rechten, allerdings mit wenig Erfolg. Die REP lehnen eine Zusammenarbeit ab; über die NPD wiederum äußert sich die DL voller Hohn angesichts politischer Rückschläge und Skandale dieser Partei. Inhaltlich steht die DL jedoch der NPD sehr nahe – personelle Verflechtungen sind nicht auszuschließen. Kernpunkt ist die Propaganda „für ein Deutschland der Deutschen“. „Die Ausländer“ als Verursacher aller Übel einschließlich der Kriminalität. Deutschland sei kein Einwanderungsland. Daraus folgt die Forderung nach vollkommener Entrechtung von – auf Mannheim bezogen – über 20 % der Bevölkerung. In letzter Konsequenz enthält diese Aussage den latenten Aufruf zum Pogrom gegen die die „Volksgemeinschaft“ störenden Nicht-Deutschen. Bei den „Kameradschaften“ ein keineswegs latentes Programm. Die „Deutsche Liste“ gehört ebenso wie die NPD verboten.

Das Parteileben der „Deutschen Liste“ spricht Bände: Sonnenwendfeiern mit Günther Deckert, Aufmärsche zum von ihr selbst so genannten „Heldengedenken“ am Volkstrauertag mit Schwarz-Weiß-Rot. Im Februar 2007 führte die DL laut eigenem Bekunden gemeinsam mit der „Ernst- Zündel-Truppe“ aus Berlin eine nächtliche Großplakatierung in Mannheim durch: „Meinungsfreiheit jetzt!“ und „Freiheit für Ernst Zündel!“ Anlass war die anstehende Verurteilung des Holocaustleugners Zündel durch das Landgericht Mannheim. Auf ihrer Website moniert die DL in diesem Zusammenhang, dass erneut NPD und REP gekniffen und die Zusammenarbeit zu dieser Aktion verweigert hätten. Die Plakate wurden sofort auf Veranlassung der Polizei abgehängt, ein Rest beschlagnahmt.

Eine von der DL angemeldete Demonstration für Ernst Zündel wurde damals rechtskräftig verboten. Das offene Eintreten für Zündels Volksverhetzung und Holocaustleugnung durch die DL müsste unbedingt vom Wahlausschuss zum Anlass genommen werden, die DLM wegen Verherrlichung von Völkermord und Verbrechen gegen die Menschheit von der Teilnahme an der Wahl auszuschließen. Auch wenn sich die DL als „DLM“ zu vermummen versucht. Ebenso wie das NPD-Verbot ist auch ein Verbot der DL und ihrer verbundenen Vereinigungen zu fordern. *tht* ■

Hakenkreuze im Seminarraum der Polizei

BERLIN. In einer Pressenotiz berichtet die Berliner Tageszeitung vom 31.3.2008, dass Schüler der Berliner Landespolizeischule große SS-Runen und ein 1 m² großes Hakenkreuz nach einer Feier an die Wand eines Hörsaales gemalt haben. In der Pressemotiz heißt es:

„In der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege in Alt-Friedrichsfelde sind gestern rechtsextremistische Schmierereien entdeckt worden. Ein Seminarassistent der Bildungseinrichtung alarmierte gegen 9.30 Uhr die Polizei, nachdem er ein Hakenkreuz von einem Quadratmeter Ausmaß und eine SS-Rune in gleicher Größe an der Wand eines Hörsaals entdeckt hatte. ... Kleinere Nazisymbole fanden die Polizeibeamten auf einem Tisch und an einer Tafel. ... Die Polizei schließt nicht aus, dass die Schmierereien im Zusammenhang mit einer Feier von Polizeianwärtern ... in den Räumen der Fachhochschule stehen. ... An der Verwaltungsfachhochschule werden unter anderem Polizeibeamte des gehobenen Dienstes ausgebildet.“

Schüler der Berliner Landespolizeischule weigerten sich übrigens im März 2007 von einem Opfer des Holocaust unterrichtet zu werden, weil sie nicht immer wieder an die Massenmorde erinnert werden wollten. Die Bezeichnung eines Berliner Landtagsabgeordneten der FDP als „Mulattensau“ im Jahre 2005 mag ein Einzelfall innerhalb der Berliner Polizei gewesen sein. Trotzdem darf man wegen der verschiedenen Einzelfälle aufmerksam werden.

Die UN-Kommission gegen Rassismus hatte die deutsche Bundesregierung, nachdem diese im Sommer 2008 ihren 9. Staatenbericht vorgelegt hatte, aufgefordert, Rassismus nicht auf Rechtsextremismus einzuengen, sondern alle Formen von rassistischer Diskriminierung und Einstellungen zu bekämpfen sowie Rassismus als strafschärfendes Merkmal ausdrücklich im Strafrecht zu verankern

Quelle: Amnesty International Sektionskoordinationsgruppe Polizei ■

Fortsetzung von Seite 1

Ab12:30 Uhr veranstaltet das Büro für Internationale Angelegenheiten auf dem Roncalliplatz den Europatag.

„Der erfolgreiche Widerstand der Kölner Stadtgesellschaft vom 20.September 2008 gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wird sich auch in diesem Jahr wiederholen und rechten Ideologen nicht den politischen Raum in unserer Stadt überlassen“ kündigte Andreas Kossiski an.

nach PM des DGB Köln ■

Wieder einschlägige Redner/innen dabei

Pro Köln hat wieder verschiedene rechtsextreme Redner eingeladen. Einige waren bereits zur Konferenz am 20. September angekündigt. Die Junge Freiheit brachte sie auf einer ganzseitigen Anzeige: Filip Dewinter vom Vlaams Belang, Mario Borghezio aus Italien, der wegen eines Angriffs auf ein Asylbewerberheim verurteilt wurde oder der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Henry Nitzsche.

Vielleicht können sich einige noch daran erinnern, dass der DGB und das „Bündnis Köln stellt sich quer“ beim letzten Kongress „pro Köln“ heftig attackierte, dass sie den Holocaust-Leugner Nick Griffin von der britischen National Party eingeladen hatte. Griffin hat den Holocaust geleugnet. „Pro Köln“ behauptete anfänglich, das würde nicht stimmen. Später (Kölner Stadt-Anzeiger, 15.8.2008) gestanden sie ein, dass sie Griffin wieder ausgeladen hätten, nachdem man von einer „einschlägigen Verurteilung“ erfahren habe.

Das war für uns Grund genug, genau hinzusehen, wen „pro Köln“ diesmal tatsächlich eingeladen hat:

Am 9. April 2009 meldet die Internetseite von „pro Köln“, dass neben den feststehenden Hauptrednern „wöchentlich neue Zusagen von Delegationen und Gastrednern aus ganz Europa“ eintreffen würden. Und dann wird auch die Vorsitzende der tschechischen Volkspartei Narodni Strana, Frau Petra Edelmannová als hochkarätiger Gast angekündigt.

Frau Edelmannová soll laut Bericht der Süddeutschen Zeitung und der Berliner Zeitung vom 6.8.2008 mit ihrer nationalen Partei bei der nächsten Wahl in Tschechien dafür eintreten, dass es eine „Endlösung der Zigeunerfrage“ geben soll. Die jüdische Internetplattform „hagalil.com“ berichtet, dass die Nationale Partei durch Prager Stadtbezirke demonstrieren wolle, die einen hohen Roma-Anteil haben.

Dass „pro Köln“ Hetzer gegen die Roma einlädt, wundert nicht, auch pro Köln hat über Jahrzehnte immer wieder gegen die Roma gehetzt.

Über den „hochkarätigen Gast“ Frau Edelmannová führt aber der Weg zurück zu unserem angeblich ausgeladenen Herrn Griffin. Mit ihm hat sich Frau Edelmannová am 28. Oktober 2008, dem tschechischen Nationalfeiertrag getroffen, um über Fragen der Strategie und Taktik nationalistischer Parteien zu diskutieren. Anschließend führten sie eine gemeinsame Pressekonferenz durch.

Frau Edelmannová wirbt auf der Internetseite der Volkspartei Narodni Strana dafür am 9. Mai nach Köln zu kommen.

Jörg Detjen, Fraktion DIE LINKE. Köln, Beitrag auf der Pressekonferenz ■

Für ein tolerantes Köln – Keine Stimme für Nazis! Demonstration am 25.4.2009, 12.30 Uhr, Bahnhofsvorplatz

KÖLN. Im Vorfeld des Anti-Islamisierungskongresses von „Pro Köln/Pro NRW“ rufen die Schüler/innen gegen Rechts dazu auf, auf die Straße zu gehen.: „Denn es ist nicht akzeptabel, dass in unserer Stadt Rechtsextremisten die Plattform bekommen, ihr menschenfeindliches Weltbild zu verbreiten.“ Ein zweiter Grund sind die Verteilaktionen von „pro Köln“ an den Kölner Schulen. Die Demo soll zeigen, dass sich die Schülerinnen und Schüler zu wehren wissen. *www.sgr-koeln.de* ■

Kein Naziaufmarsch am 1. Mai in Mainz!

MAINZ. 76 Jahre nach der Zerschlagung der Gewerkschaften durch die NationalsozialistInnen 1933 möchten Neonazis am 1. Mai 2009 in Mainz aufmarschieren. Schon lange ist es Strategie der NeofaschistInnen, durch sozialdemagoische Parolen Stimmung zu machen. Traditionell linke und gewerkschaftliche Positionen werden dabei mit nationalistischen, rassistischen und antisemitischen Inhalten besetzt und verfälscht. Rassistische Diskurse bis in die Mitte der Gesellschaft hinein erleichtern es ihnen dabei, AnhängerInnen für ihre Ziele zu gewinnen.

Immer häufiger versuchen sie auch den 1. Mai für ihre menschnverachtende Propaganda zu nutzen. Auch bei ihrem geplanten Marsch durch Mainz beziehen sie sich auf die Globalisierung und dieFinanzkrise und versuchen damit, die Existenzängste der Menschen zu schüren und sie nach rechts zu radikalisieren.

... Wir werden solchen Ideologien keinen Raum geben. Wir wenden uns an alle demokratisch, gewerkschaftlich, religiös, antirassstisch oder antifaschistisch engagierten Menschen: Lasst uns gemeinsam den Nazis friedlich und entschlossen entgegentreten und deutlich machen, dass es auch in Mainz keinen Platz für nationalistische, rassistische, antisemitische und sexistische Propagand geben darf.

Kein Naziaufmarsch in Mainz!
Wir stellen uns quer!
1. Mai 2009, 8.30 Uhr,
Mainz, Münsterplatz & Kaiserstraße

wirstellenunsquer.blogsport.de ■

Neonazis in Lüneburg unerwünscht...

Den Neonazis ist es am 11.4.09 nicht gelungen, ihren Aufmarsch mit ca. 150 Teilnehmern vom Lüneburger Bahnhof aus zu starten: Nach einer Kundgebung mit ca. 2.500 Teilnehmern am Lambertiplatz und einem langen Demonstrationszug durch die Innenstadt wurde den Neonazis schon bei ihrer Ankunft am Lüneburger Bahnhof friedlich entgegen getreten. Sie mussten ihren Aufmarsch beenden, noch bevor er anfangen konnte. Das Lüneburger Netzwerk gegen Rechtsextremismus (DGB, SPD, GEW, Grüne, Kirchen u.v. mehr) konnte einen Riesenerfolg feiern. ■

Waffenfunde bei Rechtsextremen – Bundesregierung verharmlost Nazigewalt

BERLIN. „Neonazis rüsten auf – und die Bundesregierung drückt beide Augen zu“, kritisiert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke. „Während linke Globalisierungskritiker und Antimilitaristen wegen Sachbeschädigungen als kriminelle oder gar terroristische Vereinigungen verfolgt werden, sind mehr als 50 rechtsextreme Brandanschläge in zwei Jahren offenbar kein Grund zur Besorgnis für die Regierung.“

In den Jahren 2007/08 wurden 667 polizeiliche Waffenfunde bei Rechtsextremisten gemeldet, darunter Faustfeuerwaffen, Hieb- und Stichwaffen, Reizgas sowie Spreng- und Brandvorrichtungen. Das teilte die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE mit. (BT-Drucksache 16/1239) Vollständig ist diese Statistik nicht. So fehlen zahlreiche Waffenfunde bei Neonazis in Südniedersachsen im Winter 2008/09, bei denen nach Polizeiangaben unter anderem eine Maschinenpistole, ein G3-Sturmgewehr, ein Gewehr mit Zielvorrichtung und Schalldämpfer, Pistolen, Karabiner, eine abgesägte Schrotflinte sowie Munition beschlagnahmt wurden.

In den letzten beiden Jahren kam es deutschlandweit zu mindestens 56 rechtsextrem motivierten Brandanschlägen und einem Sprengstoffanschlag unter anderem auf Asylbewerberheime, von Migranten betriebene Gaststätten sowie Wohnungen und Treffpunkte von Antifaschisten. Hinter den neonazistischen Brandanschlägen und Gewalttaten gegen politische Gegner will die Regierung keine generelle Strategie der rechtsextremen Szene sehen. „Ungeachtet einer grundsätzlich gegebenen Affinität zu Waffen ist ein Trend zur Bewaffnung innerhalb der rechtsextremistischen Szene nicht erkennbar“, verharmlost die Regierung die rechte Aufrüstung. Auch gebe es keinerlei Anhaltspunkte für die Bildung rechtsterroristischer Strukturen. „Für einen Teil der rechtsextremen Szene sind „paramilitärische Wehrsportübungen“ von Belang“, heißt es in der Antwort lapidar. Bezüglich der Teilnahme der Neonazis an Wehrsportübungen im Ausland liegen der Bundesregierung zwar „Einzelfallerkenntnisse“ vor. Worin diese bestehen, wird dagegen nicht mitgeteilt.

Die Anfrage und die Antwort der Regierung sind nachzulesen unter: www.ulla-jelpke.de

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

Lehrbücher mit Wehrmachtslegenden

BERLIN. In der Ausbildung der Bundeswehr-Soldaten gibt es offenbar schwere Mängel: Laut einem Bericht des ARD-Magazins „Kontraste“ kursieren in der Bundeswehr Lehrbücher, die vom Geist der Wehrmacht aus der Zeit des Nationalsozialismus geprägt sind. Demnach soll es in den beiden Bänden „Einsatznah ausbilden“ und „Üben und schießen“ von Wehrmachts-Kriegsgeschichten wimmeln. Im Landser-Jargon würden die Erlebnisse eines Panzervernichtungstrupps aus dem Jahr 1944 erzählt. Auch würden Wehrmachtsvorschriften und -richtlinien zitiert. An anderer Stelle wird den Angaben zufolge ein junger Offizier aus dem Jahr 1943 zitiert, der sich über fehlenden „Kampf- und Abwehrwillen“ der eingeschlossenen Wehrmachtstruppen in Stalingrad empört. Ein Ausbilder sagte, solche Bücher seien „ein gefundenes Fressen für eine Klientel, die politisch äußerst rechts orientiert“ ist.

Quelle: spiegelonline.de ■

Neonazi-Demo am 1. Mai verboten

HANNOVER. Der für den 1. Mai in Hannover angekündigte Neonazi- Aufmarsch bleibt verboten. Das hat das Verwaltungsgericht Hannover nach Informationen von NDR Info am 17. April in erster Instanz entschieden. In der Begründung verweist das Gericht u.a. darauf, dass aus dem Teilnehmerkreis der Rechtsextremisten die Begehung von Straftaten zu befürchten sei und bestätigt damit in seiner Entscheidung die Rechtsauffassung des Polizeipräsidenten von Hannover, Uwe Binias. Dabei verwies das Gericht insbesondere auf die Ereignisse vom 1. Mai 2008 in Hamburg. So genannte „Autonome Nationalisten“ waren massiv auf Seiten der Rechtsextremen gegen Andersdenkende, Journalisten und Polizisten vorgegangen. Ein Polizeiführer aus Hamburg hatte damals gesagt: „Wenn wir nicht massiv eingegriffen hätten, hätte es möglicherweise Tote gegeben“. Ob es bei dem Verbot bleibt, ist noch offen, da die Rechtsextremisten voraussichtlich den weiteren Rechtsweg beschreiten werden.

Quelle: Norddeutscher Rundfunk ■

Diffamierungskampagne gegen A.I.D.A-Archiv

Die Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e. V. (a.i.d.a.) dokumentiert seit 1990 die Aktivitäten der extremen Rechten und informiert darüber Presse und Öffentlichkeit.(1) Initiativen gegen Rechts schätzen die Arbeit des mehrfach ausgezeichneten Archivs(2), so etwa die Münchner Grünen(3) oder der Bayerische Jugendring, bei dem auch die Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus(4) angesiedelt ist.

Die erfolgreiche Zusammenarbeit im Kampf gegen die extreme Rechte ist dem Bayerischen Innenministerium aber offensichtlich ein Dorn im Auge.

Scheinbar will sich die bayerische Staatsregierung die alleinige Informations- und Deutungshoheit über das Thema Rechtsextremismus, das sich dagegen richtende Engagement sowie die Bildungsarbeit in diesem Bereich sichern. Linke, kritische, zivilgesellschaftliche Gruppen stören dabei offensichtlich.

Vor diesem Hintergrund sieht sich a.i.d.a. mit einer Diffamierungskampagne der bayerischen Staatsregierung konfrontiert, deren Höhepunkt jetzt die Aufnahme des seit 1990 arbeitenden Vereins in den Verfassungsschutzbericht Bayern 2008 ist. Die Publikation des Verfassungsschutzes listet a.i.d.a. in einer Tabelle unter der eigens dafür geschaffenen Kategorie „sonstige Linksextremisten“ auf.

Darüber hinaus taucht a.i.d.a. an zwei weiteren Stellen im bayerischen Verfassungsschutzbericht 2008 auf: In der Rubrik „Freie Nationalisten München“ als Ziel einer Neonazi-Demonstration unter dem Motto „Linksextreme Strukturen erkennen - A.I.D.A.-Archiv verbieten!“(5) sowie als Ziel extrem rechter Aktivitäten unter „3.3 Linksextremistisch motivierte Straftaten / 3.3.1 Gewalttaten“, wo es heißt:

„Eine Vortragsveranstaltung über „den Stand der extrem rechten Szene in München“ der linksextremistischen „Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V.“ (a.i.d.a.) im „Kafe Marat“, einem örtlichen Anlaufpunkt auch des autonomen Spektrums in München (vgl. auch Nummer 3.1.2 dieses Abschnitts), veranlasste Rechtsextremisten zu Gegenprotesten. Ein Aufzug der „Freien Nationalisten München“ am 13. Juni unter dem Motto „Linksextreme Strukturen erkennen – a.i.d.a.-Archiv verbieten!“, der am „Kafe Marat“ vorbeiführen sollte, war dabei ein Höhepunkt linksautonomer Gewaltanwendung in München. Unter dem Slogan „Kein Mal und nie wieder – Keine Nazis vor dem Kafe Marat oder sonst wo!“ mobilisierten Autonome gegen die rechtsextremistische Versammlung. Repräsentanten der Partei DIE LINKE. meldeten unter dem Motto „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen – Es gibt kein Recht auf Nazipropaganda; Die Linke. in den Bayerischen Landtag“ eine Gegenveranstaltung an. Trotz erheblicher Ausschreitungen kam es aufgrund des massiven Polizeiaufgebots zu keinem direkten Aufeinandertreffen der Versammlungsteilnehmer mit den Gegendemonstranten.“(6) Der Bericht nennt a.i.d.a. also lediglich als Ziel extrem rechter Agitation und als Veranstalter eines Vortrags und bleibt jeglichen Beleg für die Nennung im Bericht schuldig.

Der bayerische Staatsminister des Innern, Joachim Herrmann, geht sogar noch einen Schritt weiter und unterstellt a.i.d.a., die Arbeit des Archivs diene nicht der Bekämpfung des Rechtsextremismus, sondern es handle sich um „Unterwanderungsversuche“, mit denen a.i.d.a. versuche „verstärkt bei demokratisch initiierten Projekten gegen Rechtsextremismus Fuß zu fassen und hier Einfluss zu gewinnen“.(7) Weiter stellt er die aus der Luft gegriffene Behauptung auf, a.i.d.a. wolle nur „linksextremistische Vorstellungen verbreiten“ und habe in Wahrheit andere Ziele, nämlich „die Beseitigung unserer Grundordnung“.

Belege bleibt Herrmann schuldig, auch im Verfassungsschutzbericht findet sich dazu nichts. Selbst auf Nachfragen von Journalisten konnte Herrmann keine konkreten Nachweise für die Anschuldigungen liefern.

Was zunächst absurd anmutet, hat eine Vorgeschichte. Bereits Mitte Februar verschickte das bayerische Landesamt für Verfassungsschutz ein Fax an den Bayerischen Jugendring und eine nicht bekannte Zahl weiterer Empfänger, das dazu auffordert, die Zusammenarbeit mit a.i.d.a. zu beenden. Seine Aufforderung unterstreicht das Landesamt mit unvollständigen Zitaten von der a.i.d.a.-Website, einem Zitat von einem Flugblatt, das gar nicht von a.i.d.a. stammt und vermeintlich von der Archiv-Website verlinkte Homepages. Doch bei näherem Hinsehen stellt sich heraus, dass ein Großteil der Zitate gar nicht von a.i.d.a. verlinkten Seiten entnommen sind, sondern aus Internetauftritten, die sich erst aus einer weiteren Verlinkung ergeben. a.i.d.a. weist auf seiner Website zudem darauf hin, dass es keine Verantwortung für verlinkte Websites übernehmen kann, eine regelmäßige Kontrolle der über 100 verlinkten Seiten ist zudem nicht leistbar.

Da hier offenbar die langjährige Vereinsarbeit und die aktiven Vereinsmitglieder in Misskredit gebracht werden sollen, hat der Verein nun eine Rechtsanwältin eingeschaltet. Denn die Auflistung im Verfassungsschutzbericht hat Folgen, aktuell droht uns etwa der Verlust der im Januar ausgewiesenen Gemeinnützigkeit unserer Arbeit.

Marcus Buschmüller, Vereinsvorstand von a.i.d.a. e. V. dazu: „Wir müssen gemeinsam verhindern, dass die bayerische Staatsregierung mit dieser Schmutzkampagne erfolgreich ist. Wer weiß, wo diese Diffamierungspolitik sonst Halt macht oder welche Gruppierung als nächstes betroffen ist. ... Bitte unterstützen auch Sie das a.i.d.a.-Archiv und werden Sie Fördermitglied. Unsere Arbeit können wir nur dann dauerhaft und erfolgreich fortführen, wenn eine unabhängige finanzielle Förderung sichergestellt ist. Deshalb unsere Bitte: Unterstützen Sie das a.i.d.a.-Archiv mit einer Fördermitgliedschaft oder einem einmaligen finanziellen Beitrag.“ Weitere Infos unter www.aida-archiv.de/foerdermitgliedschaft.html

Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e. V. (a.i.d.a.), www.aida-archiv.de ■

Fußnoten:

1) Die Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e. V. (a.i.d.a.) sammelt seit 1990 Material zu Themenbereichen wie Nationalismus und Rassismus, Informationen von und über neokonservative, extrem rechte und faschistische Gruppierungen sowie Publikationen zum Thema Antifaschismus und vieles mehr. Weitere Informationen über das Archiv finden Sie unter http://aida-archiv.de/index.php?option=com_content&view=article&id=224&Itemid=1153

2) a.i.d.a. wurde in den Jahren 2005 und 2006 vom bundesweiten „Bündnis für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt“ im Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ für sein vorbildliches zivilgesellschaftliches Engagement ausgezeichnet. Im Januar 2008 zeichneten die Landeshauptstadt München, der Ausländerbeirat München sowie der Verein Lichterkette e. V. die Antifaschistische Informations-,
Dokumentations- und Archivstelle München e. V. mit dem „Förderpreis Münchner Lichtblicke“ aus. Siehe auch http://aida-archiv.de/index.php?option=com_content&view=article&id=224&Itemid=1153.

3) siehe http://www.gruenemuenchen.de/index.php?id=74&tx_ttnews[tt_news]=539&tx_ttnews[backPid]=779&cHash=389819fe57

4) In einem dem Archiv vorliegenden Schreiben des 2. Präsidenten des Bayerischen Jugendrings (BJR), Christoph Bär, an Franz Gruber, den Vizepräsidenten des Bayr. Landesamts für Verfassungsschutz, bestätigt dieser die Bedeutung von a.i.d.a in der Zusammenarbeit gegen Rechts und schreibt weiter: „Wir kennen A.I.D.A. e. V. jedoch ausschließlich als einen Verein, der wie kaum ein zweiter, seit fast 20 Jahren Informationen aus der rechtsextremistischen Szene in München und Bayern sammelt. Der Verein wurde vom bundesweiten „Bündnis 2005 und 2006 für sein vorbildliches zivilgesellschaftliches Engagement ausgezeichnet.“

5) Verfassungsschutzbericht Bayern 2008 (Internetfassung), S. 139

6) Verfassungsschutzbericht Bayern 2008 (Internetfassung), S. 205/206

7) Rede des Bayerischen Staatsministers des Innern, Joachim Herrmann, anlässlich der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts Bayern 2008 am 30. März 2009 in München, im Internet unter http://www.stmi.bayern.de/imperia/md/content/stmi/service/reden/090330_verfschbericht.pdf

Französische Rechtsextreme vor der EP-Wahl

Frankreich wies lange Zeit eine der mit Abstand stärksten rechtsextremen Parteien in Westeuropa auf, in Gestalt des Front National (FN). Es waren just Wahlen zum Europäischen Parlament, jene im Juni 1984, die ihm den ersten entscheidenden Durchbruch auf landesweiter Ebene bescherten.

Die im Oktober 1972 gegründete rechtsextreme Partei konnte unter ihren westeuropäischen Gesinnungskameraden mit am frühesten Erfolge feiern – ihr wahlpolitischer Erfolgsmarsch erfolgte zwischen September 1983 (Kommunalwahl in Dreux) und Juni 1984, wesentlich früher als der scharfe Rechtsschwenk der österreichischen FPÖ (mit der damaligen Wahl Jörg Haiders zum Parteichef im Herbst 1986) und die Welle von Wahlerfolgen der westdeutschen ‚Republikaner' von Januar bis Juni 1989. Aber heute ist der Front National (FN) eher ein Sorgenkind für die parteiförmig organisierte extreme Rechte in Europa. Dies bekam etwa die westdeutsche rassistische Regionalpartei Pro Köln im September 2008 zu spüren, als sie den alternden Parteichef Jean-Marie Le Pen zu ihrem „Anti-Islam-Kongress" in die Rheinmetropole einlud. Der FN-Vorsitzende der im Juni dieses Jahres 81 wird und einen gewissen Altersstarrsinn aufweist, kam damals nicht nur nicht in die Domstadt – er stellt die Veranstalter von Pro Köln auch fünf Tage vor ihrem Event öffentlich in der Kölner Presse als „Lügner" hin, da sie seinen Namen hinter seinem Rücken benutzt hätte. Konflikte und Rivalitäten zwischen rechtsextremen Kräften hat es zwar schon immer gegeben. Aber früher wäre Le Pen, der 1997 noch eine einheitliche Struktur unter dem Titel EuroNat (für ein „Europa der Nationalisten") aufzubauen ankündigte, mit eventuellen Widersprüchen und Konkurrenzen taktischer und weniger „schädigend" umgegangen. Doch heute stehen ihm handfeste Sorgen innerhalb der eigenen Partei näher, als Rücksichtnahme auf – ihm wohl als unsicher geltende – „Partner" anderswo.

Ungelöstes längerfristiges Dilemma

Der Front National ist einer doppelten Problematik ausgesetzt: erstens der ungelösten Frage der Nachfolge ihres seit dem Gründungsjahr 1972 ohne Unterbrechung amtierenden „Präsidenten". Und zweitens der Schwierigkeit, gegenüber einer selbst nach weit rechts ausgreifenden Regierung unter Präsident Nicolas Sarkozy ein eigenständiges Profil zu behaupten. Soll man sich dem gegenüber als ultrakonservative Partei derer, denen Sarkozy noch nicht genug für das Eigentum und die „traditionellen Werte" tut, sondern zu viel Weltoffenheit und „Opportunismus gegenüber den Gewerkschaften" besitzt, profilieren – und dabei Sarkozys Wahlprogramm von 2006/07 gegen dessen „zu schwache Umsetzung in die Realität" einklagen, wie der FN es mitunter tut? Oder soll man sich lieber als „Partei des sozialen Protests" von einem regierenden konservativen Block, an dem sich kaum noch auf der Überholspur rechts vorbeikommen lässt, weitestgehend absetzen? Das aber würde die Gefahr beinhalten, über keinerlei strategische Bündnisoption im konservativen Lager zu verfügen und, isoliert, seine dauerhafte „Unfähigkeit zur Machtteilhabe" unter Beweis zu stellen.

In jüngster Zeit durchläuft der französische FN einen regelrechten Erosionsprozess. Ein halbes Dutzend größerer und kleinerer Abspaltungen hat sich im Laufe von 2008 und 2009 nun herausgebildet, während das aufrecht erhaltene „Zentrum" der Partei unter Jean-Marie Le Pen stark geschwächt ist.

Unter anderem gründete sich am 1. Juni 2008 die Nouvelle Droite Populaire (NPD, sinngemäß: „den kleinen Leuten verbundene Nationale Rechte"), die versucht, die Kader und ideologischen Hardliner aufzunehmen, denen der FN unter dem Einfluss der „Modernisiererin" und „Cheftochter" Marine Le Pen programmatisch zu sehr „aufgeweicht" erscheint. Ihnen geht es um die dezidierte Verteidigung der Vorstellung eines „weißen Europa", das sich zur Großmacht erheben und sich gleichzeitig von den USA, von Israel und „dem Islam" abgrenzen soll.

Mitte September 2008 entstand die Nouvelle Droite Républicaine (NDR, „Neue Republikanische Rechte"), die eher den pro-amerikanischen, wirtschaftsliberalen und thatcheristischen Flügel abdeckt, aber fest innerhalb des rechtsextremen Milieus – etwa auf der Ebene der Regionalparlamentsfraktion im Raum Paris – verankert bleibt. Im Gegensatz zu anderen Fraktionen der extremen Rechten unterstützte die NDR explizit die Präsidentschaftskandidatur John McCains in den USA und die militärischen Angriffe Israels auf den Gazastreifen zum Jahreswechsel 2008/09.

Eine dem völlig entgegengesetzte Linie vertrat und vertritt Alain Soral, der als Wortführer eines „rot-braunen" und pseudo-antikapitalistischen Flügels galt und einen eigenen Club namens Egalité & Réconciliation (E & R, „Gleichheit und Aussöhnung") unterhält, der auch frühere Linke anzuziehen versucht. Eine seiner Hauptforderungen lautete, eine nationalrevolutionär geprägte, antiwestliche Orientierung in der Außenpolitik zu verfolgen. Soral, der selbst vor Jahrzehnten einmal Marxist war und sich in einer „antikapitalistischen" Rhetorik ähnlich jener der Brüder Strasser in der historischen deutschen Nazipartei übte, hat aber am 2. Februar 2009 ebenfalls den FN verlassen. Enttäuscht darüber, dass er nicht die Spitzenkandidatur im Raum Paris bei der Europaparlamentswahl erhalte hatte, tobte er darüber, dass „nicht systemkonforme" Kräfte bei der Partei „ausgegrenzt" würden.

Als letzte Abspaltung hat sich am Montag, den 23. Februar 2009 Le Parti de la France (LPDF, wörtlich „die Partei Frankreichs") unter dem früheren FN-Generalsekretär Carl Lang formiert. Die neue „Dissidentenpartei" versucht, sowohl rassistische Neuheiden – wie Lang selbst – als auch katholische Fundamentalisten anzusprechen. Gemeinsame Grundlage ist der Vorwurf der „ideologischen Aufweichung" und des „Prinzipienverrats" an den FN. Das Spaltprodukt stellt auch eigene Listen zur Europaparlamentswahl auf, die aber höchstwahrscheinlich mit ihren Stimmanteilen deutlich hinter jenen der „Rumpfpartei" unter Le Pen zurückbleiben werden.

Im Schatten der herannahenden EP-Wahl

Prognostiziert werden den „Abweichlern" um Carl Lang derzeit nur 0,5 Prozent. Doch dürften diese ihre Beteiligung an der Europaparlamentswahl wohl auch nur als „Testlauf" begreifen, um ein Kaderpotenzial neu zu sammeln und um sich zu scharen, das dem FN verlustig zu gehen droht. Der historischen „Rumpfpartei" unter Le Pen – Vater und Tochter – werden ihrerseits derzeit nur 5,5 oder 6 Prozent vorhergesagt (im Dezember 2008 waren es noch 7 Prozent).

Allerdings führt der FN derzeit eine recht aktive Wahlkampagne. Marine Le Pen und sogar der eher dröge wirkende zweite Vizepräsident, Bruno Gollnisch, treten morgens um 5 Uhr vor Fabriktoren auf, um Flugblätter zur Finanz- und Wirtschaftskrise und zur „Notwendigkeit eines neuen Protektionismus" zu verbreiten. Der FN, auch die zuvor teilweise als „Modernisiererin" und Feindin der katholischen Fundamentalisten verschriene Marine Le Pen, war zugleich höchst aktiv, um die Propagandatrommel zur Verteidigung des Papsts anlässlich seiner jüngsten, umstrittenen Äußerungen (zur Rehabilitierung von vier fundamentalistischen Ex-Bischöfen, unter ihnen ein Holocaustleugner, und zur Benutzung von Kondomen) zu rühren. Vor dem Hin-

tergrund eines Raubüberfalls auf ein Rentnerehepaar in Nordfrankreich betrieb Marine Le Pen ab dem 19. März eine Kampagne für die Wiedereinführung der Todesstrafe, die in Frankreich 1981 abgeschafft worden war.

Viel Aufmerksamkeit erfuhr der FN dabei in der bürgerlichen Presse, als er – nicht zum ersten Mal in seiner Geschichte – historische Figuren der Linken öffentlich für sich zu vereinnahmen suchte, in der Absicht, sich als „Partei (der Nation) jenseits von Rechts und Links“ aufzuspielen. Zunächst ließ

Wahlplakat des FN zur Europawahl

der knapp 40-jährige Generalsekretär des FN, Louis Aliot, der im Wahlkreis Südwestfrankreich als Spitzenkandidat zur EP-Wahl antritt, ab März 2009 Plakate mit der Aufschrift kleben: „Jean Jaurès hätte FN gewählt“. Kurz darauf folgte ein Wahlplakat von Marine Le Pen in Nordostfrankreich mit dem Titel: „Roger Salengro hätte FN gestimmt“. Jean Jaurès war der historische Sozialistenführer, der im August 1914 – während der aufgeheizten chauvinistischen Stimmung in den ersten Kriegstagen, kurz nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs – durch einen fanatischen Nationalisten ermordet wurde. Roger Salengro war der Arbeitsminister des Front populaire (Linksregierung in den Jahren 1936/37, ihr Name wird auf Deutsch sprachlich stark vergröbernd mit „Volksfront“ übersetzt), der infolge einer Hetzkampagne der damaligen rechtsextremen und pro-faschistischen Massenpresse gegen ihn in den Selbstmord getrieben wurde.

Die Begründung des FN dafür, dass er diese beiden historischen Figuren des französischen Sozialismus als Kronzeugen für seine Wahlkampagne beansprucht: Jean Jaurès tätigte den Ausspruch: „Der arme Mann, der sonst nichts hat, dem bleibt nur noch das Vaterland.“ Dadurch wollte Jean Jaurès allerdings gerade nicht den Chauvinismus positiv hervorheben oder befürworten, sondern ihn auf sozialer Grundlage kritisieren – während der FN ihn durch das Verwenden des, aus dem Kontext gerissenen, Zitats zu befördern versucht. Auch werden von ihm natürlich sonstige Positionen dieses historischen Anführers der (in den Reformismus abgleitenden) Arbeiterbewegung – gegen Rassendiskriminierung, für die Abschaffung der Todesstrafe –, die jenen des FN diametral entgegen stehen, tunlichst verschwiegen. Salengro wiederum wird deswegen herangezogen, weil er im Jahr 1936, im Kontext der damaligen anhaltenden Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise (die Frankreich ab 1931, also später als Deutschland, erfasste) und der massenhaften Arbeitslosigkeit, die Abschottung des nationalen Arbeitsmarkts durch bevorzugte Einstellung von französischen gegenüber ausländischen Arbeitskräften anordnete. Dadurch hatte er eine Position eingenommen, die es innerhalb der Arbeiterbewegung immer gegeben hat, wenngleich sie immer auch von Seiten der Verfechter internationalistischer und solidarischer Positionen bekämpft worden ist. Dennoch muss klar sein, dass der rechtsextreme FN weitaus eher in der historischen Tradition jener, die Roger Salengro indirekt in den Tod trieben bzw. indirekt ermordeten, als in jener des sozialistischen Ministers steht.

Die Idee als solche ist nicht wirklich neu. Denn schon der damalige aufstrebende Jungstar des FN, Samuel Marechal, damals einer der Schwiegersöhne Jean-Marie Le Pens, heute sowohl geschieden als auch politisch tot –, hatte die Idee zur Vereinnahmung Roger Salengros in den Jahren 1995/96. Damals jedoch eher im Rahmen einer internen Kampagne zur Mobilisierung der Mitglieder, denen sie als Gegenargument gegen den Rassismus-Vorwurf an die Hand gegeben wurde. Ihre Benutzung als Wahlkampfslogan hingegen ist eher neu. Auf jeden Fall hat sie dem FN einige öffentliche Aufmerksamkeit gesichert, da die französischen Sozialisten heftig protestierten.

Fazit

Obwohl die Partei stark geschwächt erscheint, was ihr Kader- und Aktivistenpotenzial betrifft, und auf einen sehr schmalen Führungszirkel nebst einigen „Fußvolks“ zusammengeschrumpft ist, wäre es also verfrüht, den FN totzusagen. Besonders in den aktuellen Zeiten „der Krise“ könnte er mit seinen Thesen noch immer einigen Anklang finden. Allerdings scheint die Zeit der zweistelligen Wahlergebnisse, die er von 1984 bis 2007 erreichen konnte, derzeit für ihn der Vergangenheit anzugehören. *Bernhard Schmid, Paris* ■

Marine Le Pen als „Oppositionsführerin“ in Hénin-Beaumont: Der Bürgermeister im Knast, der FN in der Offensive

Den Titel „größter Idiot des Jahrhunderts“ hat derzeit zweifellos der sozialdemokratische Bürgermeister von Hénin-Beaumont verdient. Der erst 38-jährige Gérard Dalongeville regierte die rund 26.000 Einwohner zählende, (frühere) Arbeiterstadt im Bezirk Pas-de Calais seit 2001. Zur „Oppositionsführerin“ in der Kommune hat sich in den letzten Jahren Marine Le Pen aufgeschwungen, die als Spitzenrepräsentantin der örtlichen extremen Rechten den dort gut verankerten Steeve Briois abgelöst hat. Sie beackert bereits seit längerem das Terrain in der französischen Nordregion – dem früheren Bergbaurevier Nord-Pas de Calais . So trat sie bei den Parlamentswahlen 2002 in der Nachbarstadt Lens an und übersprang dort die 30-Prozent-Marke. Als Kandidatin zu den Parlamentswahlen im Juni 2007 holte sie, sekundiert von Steeve Briois als Stellvertreter, im Wahlkreis von Hénin-Beaumont stattliche 41,7 % der Stimmen in der Stichwahl (und zuvor 24,5 % im ersten Wahlgang),. Zur Kommunalwahl im März 2008 erhielten sie dann aber „nur“ 28,8 % in der Stichwahl.

Gérard Dalongeville war 2001 auf einer konkurrierenden Liste – bestehend aus einigen Sozialdemokraten und Linksnationalisten, Anhängern des EU-skeptischen früheren Innenministers Jean-Pierre Chevènement – gegen die offizielle Liste der Sozialdemokratie und der Linksparteien gewählt worden. Im Jahr 2008 nahm die Sozialdemokratie, die ihn aufgrund der Konkurrenzkandidatur ausgeschlossen hatte, ihn wieder in ihre Reihen auf. Und nun sitzt er in Untersuchungshaft. Seit dem 8. April wurde ein Strafverfahren gegen ihn wegen Unterschlagung öffentlicher Gelder, Dokumentenfälschung und Korruption eröffnet. Er und sein Team – so lauten jedenfalls die Vorwürfe der Justiz – sollen 900.000 Euro laut gesicherten Erkenntnissen, „mutmaßlich jedoch bis zu vier Mio. Euro“ unterschlagen bzw. zwischen sich und befreundeten Firmen (denen öffentliche Aufträge zugeschanzt worden waren) aufgeteilt haben.

Marine Le Pen frohlockt wie noch selten zuvor. Am vorletzten Samstag hielt sie bereits einen Auftritt mit ihren Getreuen auf dem Wochenmarkt ab, wo sie lautstark Knast für den korrupten Amtsinhaber im Rathaus forderten. Die „ironische“ Aktion bestand darin, „Orangen für Dalongeville“ zu verteilen – laut einem französischen Sprichwort bringt man jemandem Orangen, wenn er im Gefängnis sitzt. Kurz darauf rief Marine Le Pen „den Frühling von Hénin-Beaumont“ aus, eine Boulevardzeitung titelte, sie singe und feiere „auf den Ruinen von Hénin-Beaumont“.

Noch ist unklar, ob Neuwahlen zum Rathaus der Stadt ausgeschrieben werden müssen, was jedoch gut möglich ist. Marine Le Pen und ihr Team haben unterdessen eine juristische Anfechtung der letzten Kommunalwahl angekündigt, da der Bürgermeister und seine Wahlkampfmannschaft sich durch ihre betrügerischen Manöver unrechtmäßige finanzielle Vorteile verschafft hätten und das Wahlergebnis dadurch verfälscht worden sei. Der FN sitzt, mit voll-auf motivierten örtlichen Truppen, in den Startlöchern und hält sich für Neuwahlen bereit.

Ähnliches gilt für das südwestfranzösische Perpignan, wo der Generalsekretär des FN – Louis Aliot, der Marine Le Pen nahe steht und sich fast im selben Alter wie die Le Pen-Tochter (40) befindet – seine lokale Hochburg hat. Dort muss die Wahl des konservativen Amtsinhabers im Rathaus, Jean-Paul Alduy, mit hoher Wahrscheinlichkeit annulliert und wiederholt werden. Aufgrund der so genannten „Socken-Affäre“ war sie angefochten worden: Bei einem Vorsteher eines Wahllokals, Mitglieder der bürgerlichen Regierungspartei UMP wie Alduy selbst, waren ausgefüllte Stimmzettel zugunsten Alduys in den Strümpfen gefunden worden. Der Verdacht auf Wahlbetrug liegt nahe, zahlreiche „verdächtige“ Beobachtungen wurden den Klagen der sozialdemokratischen Opposition zur Anfechtung der Wahl zugrunde gelegt. Der FN ist bereits aktiv in eine aggressive Kampagne für den Fall von Neuwahlen eingetreten. Allerdings war Louis Aliot, dessen Liste zu den Rathauswahlen vom März 2008 damals 12,3 % erhielt, dort bislang nicht so gut platziert wie Marine Le Pen. *BhS* ■

Gedenken der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald – Verpflichtung für politisches Handeln heute

Am 5. April kamen auf Einladung des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos mehrere hundert Menschen auf dem Ettersberg bei Weimar zusammen, um an die Befreiung des Lagers vor 64 Jahren zu erinnern. Es ist eine langjährige Tradition, dass die Überlebenden selber dieses Gedenken organisieren. Auch in diesem Jahr waren Antifaschisten aus Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hessen, Bayern, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt mit Gruppen vertreten.

Zur Erinnerung an den 70. Jahrestag des faschistischen Überfalls auf Polen waren zwei ehemalige polnische Häftlingen die Hauptredner. Einer von ihnen, Wladyslaw Kozdon, wurde als Jugendlicher in das Lager eingeliefert und überlebte in der „Polenschule“, die deutsche politische Häftlinge, unter ihnen der Kommunist Robert Siewert, zum Schutz der internierten Kinder eingerichtet hatten. Bertrand Herz erinnerte nicht nur an diesen Jahrestag, sondern unterstrich in seiner Ansprache, dass es nicht zu akzeptieren sei, dass die nazistische Ideologie, die auf diese Weise die Grundlagen der Zivilisation angegriffen hat, relativiert oder banalisiert werde.

Viele Teilnehmer der Veranstaltung unterstützten diese Forderung. Auf Transparenten und an einem großen Informationstisch der VVN-BdA Thüringen wurde daher die Forderung nach einem NPD-Verbot erhoben. Auch die Bundestagsabgeordnete der LINKEN Kerstin Naumann informierte über die „nonpd-Kampagne“ und sammelte an diesem Tag Stellungnahmen.

Nach den Ansprachen und der Kranzniederlegung auf dem Appellplatz begaben sich besonders die jüngeren Teilnehmenden auf den Gedenkgang zum Glockenturm, wo die internationale Gedenkkundgebung endete.

Ulrich Schneider ■

Aus der Rede von Rede Bertrand Herz

In einigen Monaten wird es 70 Jahre her sein, dass der Angriff Hitlers auf Polen am 1. September 1939 nach einer Folge anderer Übergriffe den 2. Weltkrieg ausgelöst hat. ... Mit dem Angriff auf Polen am 1. September 1939 stellte die ganze Welt verblüfft fest, dass es sich nicht um einen klassischen Eroberungskrieg handelte, sondern dass dieser Krieg außerdem noch mit Terror und der Ausrottung von Teilen der Zivilbevölkerung einherging und die Nazis in den folgenden Jahren diese Strategie auf alle europäischen Länder ausweiteten.

Schon in der ersten Phase des Angriffs terrorisierten und töteten blinde Bombenangriffe vor allem auf Warschau die Zivilbevölkerung, wie es vorher in Guernica geschehen war und wie es später in Rotterdam und Coventry geschehen sollte.

Von Beginn der Operation an wurden Angehörige der polnischen Zivilbevölkerung ihrer Heimat entrissen und mussten als Skaven des großdeutschen Reiches in Arbeits- oder Konzentrationslagern arbeiten. Die polnische intellektuelle Elite wurde verfolgt, die Patrioten gejagt und erschossen und ganze Familien bedroht oder deportiert.

Schon im September 1939 begann die Massenvernichtung der Juden; Juden wurden erschossen, nur weil sie jüdischen Glaubens waren, Ghettos eingerichtet, in denen Männer, Alte, Frauen und Kinder zusammengepfercht wurden und wo sie unter dem Elend, dem Hunger und der Kälte litten, bevor sie in den folgenden Jahren in die Vernichtungslager wie Treblinka geschafft und dort getötet wurden. Mehr als 3 Mio. polnische Juden sollten so ausgerottet und die jüdische Zivilisation, für die sie standen – eine der schillerndsten auf intellektueller und künstlerischer Ebene in Mitteleuropa – vollständig von den Nazis ausgelöscht werden.

Nein, es ist nicht zu akzeptieren, dass die nazistische Ideologie, die auf diese Weise die Grundlagen der Zivilisation angegriffen hat, relativiert oder banalisiert wird. ... Die überlebenden Häftlinge aller Länder haben kürzlich den Alleinstellungs-Charakter der nazistischen Ideologie und ihrer Verbrechen bekräftigt und gefordert, dass die Erinnerung daran niemals aus dem Gedächtnis der Menschheit verschwinden möge. Wir zählen auf die Generationen, die nach uns kommen, dass sie diese Erinnerung weitertragen und gegen jede Art von wiederentstehendem Nazismus überall in Europa kämpfen.

Schon von Oktober 1939 an wurden viele Polen nach Buchenwald deportiert, zuvor waren Österreicher und Tschechen gekommen. Damit erhöhte sich der internationale Charakter des Lagers weiter: seit Beginn des Krieges wurden 8.500 Menschen nach Buchenwald gebracht, darunter ca. 700 Tschechen, Hunderte Roma aus dem Burgenland, über 2.200 Polen und mehr als 1000 Juden aus Wien. Über 3.000 Polen und Juden wurden von der SS auf dem Appellplatz in die Zelte des Sonderlagers gesperrt. Dieses Sonderlager wurde der Schauplatz einer Massenvernichtung, dessen Insassen bewusst durch Hunger, Terror und Vernachlässigung dezimiert wurden. Wir wollen also anlässlich der Feierlichkeiten zum 64. Jahrestag der Befreiung des Lagers unseren polnischen Kameraden eine ganz besondere Ehrung zuteil werden lassen.

Übersetzung: Franka Günther

Aus der Rede von Wladyslaw Kozdon

... Genau am Tag des Kriegsausbruches wurde ich siebzehn Jahre alt. Damals war ich ein junger, glücklicher Mensch. Obwohl die materiellen Bedingungen schwierig waren (mein Vater war Arbeiter in einem Bergwerk und hatte acht Kinder), sahen meine Zukunftsperspektiven sehr gut aus. Meine älteren Geschwister hatten die Mittelschule bereits abgeschlossen und waren berufstätig, und ich hatte die begründete Hoffnung, nach dem Schulabschluss studieren zu können, was für ein Arbeiterkind der Gipfel aller Träume war. Auch glaubte ich, dass Polen nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit von klugen, kompetenten und ehrlichen Leuten regiert würde, die für seinen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufschwung sorgen, und die herrliche und tapfere Armee für seine Sicherheit bürgen und es gegen die Gelüste der bösen Feinde verteidigen könnte. Allgemeiner gesagt: Ich glaubte die Welt sei gut, schön und klug.

... Der erste Tag des Septembers 1939 war der Tag, an dem meine Träume zu Trümmern gingen. Ich sah, wie alle Machtorgane in Panik flüchteten. Ich sah, wie die polnische Armee von panischer Angst erfasst flüchtete. Ich sah die den Himmel beherrschenden deutschen Flugzeuge, die langen Reihen deutscher Panzer auf den Chausseen – und ich sah die zufriedenen und selbstsicheren Eroberer.

Am 19. September 1939 wurde ich wegen meiner Tätigkeit in der polnischen Pfadfinderbewegung verhaftet und zusammen mit meinem Vater in das Konzentrationslager Buchenwald gebracht. Nun befand ich mich in einem Reich, in dem Hass und Grausamkeit regierten.

Ich will ... nicht die Grausamkeiten beschreiben, deren Zeuge ich wurde, sondern das hervorheben, was es mir erlaubte, auch weiterhin an die Existenz des Guten zu glauben. In der Hölle von Buchenwald begegnete ich so guten und edlen Menschen, wie ich sie später nie mehr im Leben traf, vielleicht deshalb, weil es im normalen Leben nicht nötig ist, solche Eigenschaften zu zeigen. Niemals vergesse ich Häftlinge wie Robert Siewert, Kurt Wabbel oder Max Girndt. Dank der Charaktereigenschaften dieser Menschen glaubte ich daran, dass die Quelle allen Übels der Nazismus war, und dass die Bekämpfung des Nazismus alle Menschen auf der Welt besser machen würde.

Auf der Kundgebung am 13. April 1945, zwei Tage nach der Befreiung des Lagers durch amerikanische Truppen, schwor ich aufrichtig zusammen mit den anderen, dass die Vernichtung des Nazismus unsere Losung und der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit unser Ziel ist. ...

Übersetzung. Dr. Dieter Rudolf

Kölner Friedensfahrt gegen die Militärpolitik

Köln, Ostersonntag 2009. Rund 200 Motorradfahrerinnen und –fahrer beteiligten sich an der Friedensfahrt, einer Initiative des MC Brigadistas. Die Friedensfahrerinnen und –fahrer starteten am Südverteiler und fuhren durch Köln zum Eifeltor und dem dortigen Frachtpostzentrum/DHL. Bei der Zwischenkundgebung sprach ein Vertreter der Kölner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN/BdA) und kritisierte die zivilmilitärische Zusammenarbeit der Bundeswehr mit der Postfirma DHL, die

sich um den Milliardenauftrag beworben hat, fast die gesamte Logistik der Bundeswehr zu übernehmen, darunter auch den weltweiten Transport von Waffen, Material und Soldaten.

Der Sprecher zeigte auf, daß mit den über 460 zivil-militärischen Verbindungskommandos in den Landkreisen, kreisfreien Städten und Regierungsbezirken „Notstandszentralen mit militärischer Disziplin“ entstehen. Er wandte sich gegen die „Militarisierung von immer umfangreicheren zivilen Bereichen“.

Die Friedensfahrt endete auf dem Roncalliplatz vorm Dom. Zur Stärkung gab es dort heiße Getränke und eine warme Suppe. Ein Sprecher der Initiative Bundeswehr wegtreten, Köln, berichtete, wie die verstärkten Propaganda- und Werbeauftritte der Bundeswehr bundesweit mit Aktionen kritisiert und vielfältig angegriffen werden. „In über 60 Städten der Bundesrepublik protestierten Kritiker der Militärpolitik: an Schulen gegen Werbeauftritte, gegen die Armutsrekrutierung an den Arbeitsagenturen, gegen Bundeswehrstände auf Berufsmessen. An mehreren Orten wurden Musikkonzerte der Bundeswehrkapellen unter dem Motto ‚Spiel mir das Lied vom Tod’ unterbrochen und wirksam gestört.“ In Köln z.B. „vertrieben letztes Jahr Kritiker der Rekrutierung von arbeitslosen Jugendlichen den Rekrutierungsoffizier mit pinkfarbenem Mehl und einem Eimer Putzwasser. Die Bundeswehr hat ihre Auftritte an der Kölner Arbeitsagentur deutlich zurückgenommen“.

Die Friedensfahrt protestierte am richtigen Ort. Denn im Dom segnet Generalfeldkardinal Meisner in einem Soldatengottesdienst jedes Jahr im Januar das Militär und rechtfertigt die jeweils geltende Militärpolitik. Der Redner zeigte auf: Meisner rechtfertigte „das Umbringen durch Bundeswehrsoldaten als von seinem Gott geheiligten Kreuzzug (...) Kardinal Meisner pflegt hier einen Jargon, der als Jargon der Vernichtung endlich auch in der katholischen Kirche beendet werden sollte“. Gefordert wurde u.a.: Keine Ausbildung zum Krieg! Militärfreie Zonen in Schulen, Arbeitsagenturen, Messen, Hochschulen und anderswo! Auflösung der NATO! Abzug der Truppen aus Afghanistan!

In einer Rede belegten Mitglieder des MC Brigadistas mit eindringlicher Genauigkeit, dass die Postfirma DHL mit Recht den Namen „Deutsche Heeres Logistik“ tragen sollte.

Sie fassten zusammen: „Mit ihrer Marktführerschaft in Sachen Logistik kommt der DHL gerade in Sachen Geschäftemachen mit dem Militär eine ganz besondere Rolle zu. Die DHL verdient sich an diesen olivgrünen Geschäften eine goldene Nase und wird damit zum aktiven Kriegsgewinnler.“

„Durch Vernetzung von ziviler und militärischer Logistik ist auch eine Datenweitergabe möglich, zum Beispiel an das Ministerium für Inneres oder an das Verteidigungsministerium, an die Polizei und die Bundeswehr also.“

„Um die militärischen Machenschaften der DHL aufzudecken und bekannt zu machen, gibt es seit 2008 eine Kampagne, die sich dieses Themas annimmt. Die Friedensfahrt 2009 hier in Köln ist ein Beitrag dazu.“

Erfreulich ist, dass im Rahmen des Ostermarsches so viele an der Friedensfahrt teilnahmen und auch in Köln Ostern wieder deutlich gegen die Militärpolitik der Machthabenden dieses Landes protestiert wird. *gba* ■

Kontakt: mc-brigadistas@gmx.de.
Die Reden sind nachzulesen unter:
www.friedenskooperative.de

DHL = Deutsche Heeres Logistik

Stell dir vor, du bestellst im Internet ein paar Teile für dein Motorrad. Oder du ersteigerst sie bei Ebay. Die Teile werden geliefert, alles passt und du bist glücklich, einen guten Deal gemacht zu haben. Der Haken an der Sache ist allerdings der: Die meisten Pakete werden über die DHL geliefert, denn die DHL ist auch Hauptvertragspartner von Ebay.

„Na und?“, werden viele nun sagen, „Paketdienst ist doch Paketdienst!” Eben nicht. Das Besondere an der zur Deutschen Post AG gehörenden DHL ist, dass sie nicht nur Briefe und Pakete transportiert, sondern auch in immer größerem Umfang Kriegsgüter für die Bundeswehr und die US-Armee.

- Beispiel Irak: Nachdem 2003 die UN-Wirtschaftssanktionen gegen den Irak aufgehoben wurden, stieg dort unmittelbar die DHL als erstes Unternehmen in die militärische Logistik ein. Hauptkunde ist das US-Militär.
- Beispiel Flughafen Leipzig: Am Flughafen Leipzig baut die DHL seit 2008 seinen europäischen Logistik-Knotenpunkt aus. Der Flughafen Leipzig wird aber nicht nur zivil genutzt, sondern ist gleichzeitig Dreh- und Angelpunkt für den Kriegsnachschub der Bundeswehr und ihrer NATO-Partner. Und so transportiert auch die DHL von Leipzig aus schon heute einen Teil des Materials für die weltweiten Kriegseinsätze der Bundeswehr und der US-Army.
- Beispiel Privatisierung von Bundeswehrlogistik: Die DHL bewirbt sich derzeit um den bislang größten Auftrag in der deutschen Transportbranche. Auftraggeber ist die Bundeswehr, die ihr bisher umfangreichstes Privatisierungs- und Umstrukturierungsprojekt plant. Es geht um die Auslagerung großer Teile der auf drei Milliarden Euro geschätzten Bundeswehr-Logistik. Die Bundeswehr sucht nun einen Logistikpartner, der die schnelle Einsatzfähigkeit der Truppen sicherstellen soll. Mitbewerber ist unter anderem die Deutsche Bahn mit ihrem Tochterunternehmen Schenker.

Konkret geht es um die Lagerung und Bewirtschaftung von Bundeswehrmaterial und um den gesamten Transport von Waffen, Munition und Soldatinnen und Soldaten. Geliefert wird und innerhalb der Bundesrepublik und in Einsatzgebiete an den verschiedenen Kriegsschauplätzen.

Übrigens gehört die Post bereits seit März 2000 zu den Unternehmen, die die Bundeswehr in Sachen Privatisierung beraten. *aus der Rede der MC Brigadistas* ■

Motorisiert und antiquiert

Einblick in die organisierte Rechte in Japan

Teil 2: Organisierung am Rechten Rand (Uyoku)

Es gibt ca. 1000 verschiedene Organisationen mit insgesamt ca. 100.000 Mitgliedern, die sich unter dem Sammelbegriff „Uyoku“ tummeln.(1) Eine gängige Art sich über diese Gruppen einen Überblick zu verschaffen ist, sie in vier Gruppen einzuteilen (2):

- die Wahre Rechte (Junsei uyoku) oder Traditionelle Rechte (Dento uyoku),
- die Profit-Orientierte Rechte (Riken uyoku),
- die Neo-Rechte (Shin uyoku),
- die Yakuza-Rechte (Ninkyo uyoku oder Boryokudan-kei uyoku).

Die Grenzen dieser Gruppen verlaufen natürlich fließend.

Traditionelle Rechte

Die Traditionelle Rechte kann vom Ursprung bis auf das Ende des 19. Jahrhunderts zurückverfolgt werden. Sie zeichnet sich durch einen Nationalismus aus, der in erster Linie auf der Einbildung einer Vaterlandsliebe fußt. Unterschieden wird diese Rechte noch einmal in Intellektuelle Rechte (Riron-ha uyoku) und in Praxisorientierte Rechte. (Kodo uyoku) Beide eint die positive Bezugnahme auf eine Wiedererrichtung der Monarchie sowie ein ausgeprägter Anti-Amerikanismus und Antikommunismus.

Intellektuelle Rechte

Zur Intellektuellen Rechten gehören Gruppen wie Kokuryu-Kurabu (seit 1961 eine Fortsetzung des Kokuryu-kais, der 1946 verboten wurde) und die Daitojuku. Die Daitojuku fungiert als eine Art Bildungseinrichtung, die japanische Gedichte, Shintoismus und Karate lehrt und Kampagnen zur Unterstützung des japanischen Nationalfeiertags mit Kaiserbezug wie auch Kampagnen für die japanische Zählweise im Kalenderjahr führt.

Praxisorientierte Rechte

Zur Praxisorientierten Rechten gehören Gruppen wie Dai-nippon aikokuto, Gokokudan und Kenkoku kai. Dem Anschein nach stellen praxisorientierte Rechte das Gros der Uyokus.

Erscheinungsbild

Die Gruppen der Praxisorientierten Rechten fallen einem in größeren Städten gleich ins Auge. Sie treten fast ausschließlich mit Lautsprecherwagen auf, die zumeist schwarz, manchmal auch weiß oder grau lackiert sind. Die Wagen haben dunkel getönte Scheiben und manchmal auch vergitterte Fenster, ähnlich wie Polizeiwannen in den 80er Jahren in Berlin. Meist sind die Wagen mit großen Lautsprechern, wenn nicht sogar Rednerpodesten bestückt. Einige wenige dieser Exemplare haben sogar das Hinterteil einer Schiffsreling eingebaut. Man kann durchaus vermuten, dass die Praxisorientierte Rechte all ihr Vermögen in diese Autos steckt (Flugblätter gibt es fast nie) und in der Zeit, wenn mal keine Aktion ansteht, an ihren Autos bastelt. Von den Lautsprechern wird mit Reden und Marschmusik reichlich Gebrauch gemacht, was die lärmgewohnte japanische Bevölkerung nicht in dem Maß stört wie es in Deutschland der Fall wäre, die Akzeptanz dieser Gruppen aber auch nicht weiter verbessert.

Auffallend ist auch, dass von den japanischen faschistoiden Organisationen bei Kundgebungen gerne Uniformen getragen werden, die in Deutschland an einen „Blaumann mit Armbinde“ erinnern. Wer keine solche Uniform trägt, trägt normalerweise einen schwarzen Anzug.

Aktionen

Aktionsfelder für solche Gruppen sind normalerweise Kundgebungen auf der Straße, bei denen bis ca. 20 Aktivisten (meist Männer) mit einem Lautsprecherwagen an belebten Kreuzungen parken und dort eine Rede halten. Im Gegensatz zu Deutschland gibt es bei solchen Aktionen keine Teilnehmer, die zu diesem Platz mobilisiert wurden. Stattdessen beschränkt sich solche Szenerie auf die zufälligen Passanten/innen und diejenigen, die sich aktiv an Kundgebungen beteiligen.

Des öfteren werden Uyokus im Vorfeld von Alternativen oder Gewerkschaftsdemonstrationen gesichtet, die mit ihren Lautsprecherwagen provozieren wollen. Zu gewalttätigen Zusammenstößen kommt es jedoch so gut wie nie.

Vereinzelt gibt es Fälle, in denen die Rechten aus ihren Bussen versuchen, eine Veranstaltung anzugreifen. Dabei scheinen sie in erster Linie ihre Gewaltbereitschaft symbolisch zur Schau stellen zu wollen. So wurde z.B. 2007 ein Angriff von ca. 10 Personen (dem Anschein nach unbewaffnet) auf einen Seitenzugang einer internationalen Veranstaltung von Gewerkschaften mit ca. 1000 Teilnehmern (aus Japan, Südkorea und den USA) von der Polizei mit den Worten: „Bitte gehen Sie in eine andere Richtung“ einfach umgeleitet.

Neben den zahlreichen Aktionen in der Öffentlichkeit (jedes Wochenende kann man solche Kundgebungen in Tokyo sehen) gibt es auch gezielte Attentate gegen Andersdenkende, durch die die Uyokus negativ aufgefallen sind. Zwar ist die Menge solcher Attentate im Vergleich zu den deutschen Neonazis gering, sie beziehen aber durchaus Mord mit ein.

Allgemeine ideologische Ausrichtung

Die gängigen Themen der Uyokus sind

- Geschichtsrevisionismus
- Abstreiten der japanischen Kriegsverbrechen
- Antikommunismus
- Nationalismus
- japanischer Anspruch auf die Inseln zwischen Japan, Russland und Südkorea
- Rassismus.

Viele der Uyokus und insbesondere die Traditionellen Uyokus glauben an die Existenz einer japanischen Rasse, die allen anderen überlegen sei. Sie hetzen vornehmlich gegen in Japan lebende Menschen aus Korea und China, die das Gros der Ausländer in Japan bilden. Neben offen rassistischen Argumenten führen sie auch gerne wirtschaftliche Argumente oder die Kriminalitätsstatistik ins Feld, um generell gegen Ausländer Stimmung zu machen.

Kampagnen

Gemeinsam mit anderen Uyokus setzen sie sich verstärkt für die japanische Nationalhymne und japanische Flaggen in Schulen ein. Außerdem unterstützen sie die Verbreitung von Geschichtsbüchern in japanischen Schulen, in denen die Kriegsverbrechen der Japaner entweder nicht erwähnt oder als notwendige „Entwicklungshilfe“ umschrieben werden.

Profit-Orientierte Rechte

Dieses Spektrum hat sich vom Anti-Amerikanismus der Traditionellen Rechten nach dem 2. Weltkrieg losgelöst. Dies brachte Vorteile insbesondere durch die Zusammenarbeit mit der CIA während der amerikanischen Besatzung. Dadurch erhielt dieses Spektrum diese Bezeichnung.

Gab es in den 60er Jahren eine enorme Mobilisierungsstärke im Vorfeld des geplanten Eisenhowerbesuchs, um die Polizei zu unterstützen, haben diese Organisationen politisch nichts mehr zu melden. Erwähnt werden sollen sie hier dennoch, weil sie im Kalten Krieg dermaßen antikommunistisch eingestellt waren, dass sie pro-südkoreanische Positionen vertraten und ihnen der Ausverkauf der japanischen rechten Ideologie zugunsten der Amerikaner angelastet wird – und somit werden sie als der Grundstein für die Bildung und ideologische Ausrichtung der Neuen Rechten angesehen. Vermutlich sind viele ihrer Mitglieder in die LDP eingetreten, da diese ebenfalls eine rechte Position vertritt und eine enge Kooperation mit Amerika anstrebt.

Neue Rechte

Zum einen entwickelte sich die neurechte Bewegung als Gegensatz zu Pro- Amerikanischen Positionen der Profit-Orientierten Rechten. Zum anderen stellte sie einen

Die aktuelle Ausstellung im „Zug der Erinnerung“ als DVD

Ulm/München. Eine vierzigminütige Dokumentation der erweiterten Ausstellung, die gegenwärtig durch Deutschland fährt, kann ab sofort als DVD geordert werden. Damit liegt nach monatelangen Vorbereitungen eine repräsentative Auswahl der Exponate im „Zug der Erinnerung“ vor.

Dokumentiert werden nicht nur die Exponate, sondern auch die Waggons, in denen sie sich befinden. Nach einer historischen Einleitung führt der Gang durch die Ausstellungswagen in einen Kartenraum, der das europaweite Deportationsgeschehen darstellt. Es reicht von Norwegen bis zum Mittelmeer. Es folgen zahlreiche Abteile, die Fotos und Dokumente der mit der „Reichsbahn“ verschleppten Kinder und Jugendlichen zeigen.

Die Biographien aus Deutschland werden durch Lebenszeugnisse ergänzt, die aus den Niederlanden, aus Dänemark, Italien, Polen oder der Sowjetunion überliefert sind.

Im Täterbereich werden einige der Hauptschuldigen des deutschen Massenverbrechens vorgestellt. Besonderer Wert wurde auf die historischen Kontinuitäten gelegt: Ohne Bestrafung fürchten zu müssen, setzten zahlreiche Verbrecher ihre Karrieren in der Nachkriegszeit fort und nahmen einflussreiche Positionen bei der „Deutschen Bundesbahn“ ein. In welchem Umfang der Einfluss der Täter bis heute weiter wirkt, zeigen Dokumente über das Geschichtsbild der jetzigen Bahn AG. Dazu gehört eine Sendung aus dem Internet-Kanal („Bahn TV“), die mit NS-Propagandasequenzen operiert und die Massendeportationen durch Beschweigen leugnet. Die Bahn AG nahm diese Sendung erst aus dem Netz, als der „Zug der Erinnerung“ darüber berichtete.

Zusätzlich zur DVD mit einer Laufzeit von über 40 Minuten enthält die Dokumentation auch eine CD, die den Weg nachzeichnet, den der „Zug der Erinnerung“ bisher zurückgelegt hat, darunter in den Bahnhöfen aufgezeichnete Hörfunkberichte, Interviews und programmatische Reden über ein Großverbrechen, das bis heute ungesühnt ist.

DVD und CD können ab sofort bestellt werden und kommen nach Ostern zur Auslieferung. Sie kosten zusammen 25,- Euro inkl. Versand, Porto, Nachnahme. Bestellungen unter

www.zug-der-erinnerung.eu

Gegenpol zu den linken Bewegungen an den Unis während den 60ern. Logischerweise sind Organisationen, die der Neuen Rechten zugeordnet werden können, hauptsächlich an Universitäten zu finden oder haben dort zumindest ihre Wurzeln gehabt. Meist lehnt die Neue Rechte Gewalt als politisches Mittel ab.

Yakuza Rechte

Aufgrund der Aktionen des japanischen Staates, um den Einfluss der Mafia in Japan zurückzudrängen,. hat sich die Mafia nach anderen Organisationsformen umgesehen. Dadurch haben sich zahlreiche Organisationen unter dem Deckmantel Uyoku gebildet, die nach außen rechte Politik vertreten, zusätzlich aber auch den wirtschaftlichen Interessen des Clans nachgehen. Auch wurden bestehende Organisationen von der Mafia infiltriert, mit dem gleichen Ergebnis.

Die größte Gruppe, die man der Yakuza Rechten zuordnen kann, ist Nihon Seinensha mit ca. 2000 Mitgliedern. Dass eben nicht nur unpolitische Mafiainteressen eine Rolle spielen, bewies diese Gruppe im Jahr 2000, als zwei ihrer Mitglieder Büros eines Magazins angriffen, das einen kritischen Artikel über die Prinzessin Masako schrieb.

Auch andere Gruppen wie die Nihon Kominto, die 2004 eine Attacke mit einem Bus auf das Chinesische Konsulat in Osaka durchführte, schrecken vor Anschlägen mit Schusswaffen nicht zurück. Als Grund für den Anschlag wurde eine Aktion chinesischer Nationalisten genannt, die illegal auf den Senkakus an Land ging. (Inselgruppe westlich Okinawas unter japanischer Verwaltung, über die China aber die Verwaltung historisch begründet beansprucht.)

Erwähnenswert ist übrigens auch, dass es durch die Mafiaverbindungen Menschen aus Korea in den eigenen Reihen gibt. Verglichen mit Deutschland wäre dies gesellschaftlich gleichzusetzen mit einer Mitgliedschaft von Türken in den Freien Kameradschaften.

Verknüpfungen zur LDP

Gemeinhin wird der LDP eine Zusammenarbeit mit den Uyokus vorgehalten. Es liegt auch nahe, da beide oft gleiche Themen bearbeiten. Die Änderung der japanischen Verfassung, die die Armee über den Verteidigungsfall hinaus einsetzbar machen würde, ist sowohl aus nationalistischer wie auch aus kapitalistischer Sicht interessant. Diese Verknüpfungen nachzuweisen, wurde beim Erstellen dieses Artikels nicht versucht.

Es sollte zumindest der Fall erwähnt werden, dass eine Schule in Sapporo einen Beschwerdebrief gegen die Politik des damaligen Premierministers Koizumi an die LDP schrieb und daraufhin Drohbriefe von Uyokus erhielt.

Lageeinschätzung

Wenn man sich mit der LDP näher auseinander setzt, wird schnell klar, dass man gar nicht rechtsaußen zu wählen braucht, um z.B. den Einfluss der kaiserlichen Familie zu unterstützen. Im Gegenteil, würde dies die bereits bestehende Einflussnahme der Königsfamilie auf die Politik schwächen, da Kandidaten der Rechtsaußenparteien oft nicht über solch „erlesenen“ Stammbaum verfügen.

Dies und

- das große Bedürfnis der Japaner nach der ausbalancierten goldenen Mitte (für was die „Mitte“ dann tatsächlich politisch steht, ist zweitrangig, Hauptsache alle machen/wählen das Gleiche! In diesem Fall heißt in Japan die Mitte LDP)
- und die hohe Arbeitsbelastung (wählen kostet Zeit, und davon hat man in Japan sehr wenig!)

sind wohl die hauptsächlichen Gründe für die schwachen Wahlerfolge der Parteien rechtsaußen und der geringen Akzeptanz oder dem geringen Interesse der Japaner für Rechts- wie Linksaußen.

Daher sehen auch die japanischen Linken die gesellschaftlichen Probleme nicht am rechten Rand und schenken ihm (dem rechten Rand) wenig Beachtung bei ihrer Aktionswahl. Zumal die japanische Linke auch äußerst wenig Bekanntheitsgrad in Japan hat (das war nicht immer so) – und direkter Konfrontation wird eben gern aus dem Weg gegangen.

Das Übel wurzelt in der Mitte.

B. Onenkai ■

1 Die Zahlen kommen von der National Police Agency 1996

2 Teilweise entnommen aus „Uyoku: The Japanese Ringht Wing“ von Mai Wakisaka

Bleiberecht für Romas und andere von Abschiebung Bedrohte!

FREIBURG. Vor 10 Jahren begann die Nato ihren völkerrechtswidrigen Krieg gegen Serbien. Hunderttausende flohen in den Westen, viele sind jetzt wieder aktuell von Abschiebung bedroht. Die vom Bund nach jahrelangem politischem Druck endlich geschaffene Möglichkeit einer Umwandlung von Ketten- Duldungen in feste Aufenthaltsgenehmigungen hängt davon ab, dass ein festes Arbeitsverhältnis nachgewiesen wird. Und das können bislang nur wenige. Der Freiburger Gemeinderat hat einstimmig eine Resolution beschlossen, dass den Romas ein dauerhaftes Bleiberecht gewährt wird, weil sie in ihrer alten Heimat massiven Verfolgungen ausgesetzt sind. Doch den Worten müssen Taten folgen.

Die Linke Liste – Solidarische Stadt fordert die Stadt und ihre Gesellschaften auf, mit gutem Beispiel voran zu gehen, Ausbildungs- und Arbeitsplätze für diesen Personenkreis zu schaffen, um Abschiebungen zu verhindern. Unabhängig davon unterstützen wir die Forderungen der Flüchtlingsorganisationen, die Fristen zum Nachweis von Arbeitsverhältnissen zu verlängern und die laufenden Vorbereitungen für Abschiebungen zu stoppen. Kein Mensch ist illegal! Bleiberecht für alle!

Michael Moos, Gemeinderat ■

Zahl der Asylbewerber steigt wieder

BERLIN. Im vergangenen Jahr wurden 22 085 Anträge auf Asyl gestellt, ein Plus von 15,2 Prozent gegenüber 2007. Zuletzt hatte es 2001 einen Zuwachs bei den Flüchtlingszahlen gegen; in den Jahren danach hatten immer weniger Ausländer Zuflucht in Deutschland gesucht. Mit 6836 Personen kam 2008 fast jeder dritte Asylbewerber aus dem Irak. Dies ist im Vergleich zum Jahr davor ein Zuwachs von gut 40 Prozent. Nach der Prüfung wurde 7291 Personen der Status eines Flüchtlings nach der Genfer Konvention zuerkannt. Auch im Januar und Februar dieses Jahres haben wieder mehr Menschen Zuflucht in Deutschland gesucht. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge meldet einen Anstieg um 1,7 Prozent; insgesamt wurden 4553 Asylanträge gestellt. Fast ein Drittel von Irakern, gefolgt von Migranten aus Afghanistan (450), Vietnam (245) und der Türkei (219).

Ungeachtet des Anstiegs sind die Flüchtlingszahlen deutlich niedriger als in der Vergangenheit. Im Jahr 1992 hatten etwa 440 000 Menschen in der Bundesrepublik Asyl beantragt; 1998 waren es noch rund 100 000 gewesen.

flucht@nds-fluerat.org ■

Der Migration Gesicht geben

Bisher gibt es nur wenige ver.di-Beschäftigte mit Migrationshintergrund. Rund 3500 Beschäftigte arbeiten bei ver.di. Aber nur knapp 20 von ihnen haben einen Migrationshintergrund, berichtet Sonja Marko, beim ver.di-Bundesvorstand für Migrationspolitik zuständig. Ein recht geringer Anteil, angesichts von 58000 ver.di-Mitgliedern mit ausländischem Pass. Im März hat Marko zum zweiten Mal die ver.di-Beschäftigten mit Migrationshintergrund nach Berlin eingeladen. Ihr Ziel: dass eine interdisziplinäre Denkfabrik entsteht, in der ganz pragmatisch darüber diskutiert wird, was vor Ort getan werden kann. Das soll anhand von guten Praxisbeispielen aufgezeigt werden.

Von dem, was getan werden muss und kann, hat Suna Sayin genaue Vorstellungen. Sie betreut seit einem knappen Jahr im Bezirk Köln den Fachbereich Gemeinden. „Wir sind auf dieses Thema mitnichten vorbereitet in der Organisation“, sagt sie. Für eine gezieltere Ansprache von Mitgliedern ausländischer Herkunft schlägt sie vor, mehr Beschäftigte mit Migrationshintergrund einzustellen und alle Beschäftigten inhaltlich für diese Arbeit fit zu machen, zum Beispiel mit interkulturellen Schulungen.

Außerdem solle sich ver.di kräftiger thematisch positionieren und diese Mitglieder stärker in die ehrenamtliche Arbeit einbeziehen. „Wir müssen der Migration ein Gesicht geben“, sagt Sayin, thematisch wie personell.

„Migration muss unser Thema sein“, sagt auch Özay Tarim. Er ist im Bezirk Duisburg-Niederrhein für die Jugendarbeit zuständig. Als Auszubildender bei der Deutschen Post AG hatte er sich schon Ende der 90-er Jahre für die Jugendlichen eingesetzt. Die Deutsche Postgewerkschaft hat ihn dann für ein Studium an der Akademie für Arbeit vorgeschlagen, nach dessen Ende er sich für die hauptamtliche Arbeit bei ver.di beworben hat. Von elf Stellen, die damals im Landesbezirk Nordrhein-Westfalen zu vergeben waren, hat er sich die in Duisburg ausgesucht, wegen des hohen Anteils der türkischen Bewohner/innen.

Deren Ansprache falle ihm leichter, die Sprachbarriere fehle. Außerdem sehen diese Beschäftigten in Özay Tarim einen von ihnen. „Auch andere Fachbereiche nutzen das. Sie nehmen mich mit zu ihren Veranstaltungen, wenn dort viele Türken dabei sind. Da reicht es manchmal auch, dass ich einfach nur dabei bin“, erzählt er.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamts arbeiten rund 900.000 Menschen mit ausländischem Pass in sozialversicherungspflichtigen Tätigkeiten in Deutschland. Auf dieses Potenzial verweist Sonja Marko. Um diese Menschen stärker für ver.di anzusprechen, müssten auch mehr Menschen mit Migrationshintergrund als Hauptamtliche eingestellt werden. Doch seit der Gründung sei bei ver.di eher Personal abgebaut worden. Marko weist darauf hin, dass es – anders als bei den klassischen Gastarbeitern – bei den nachfolgenden Migrant/innen häufig keine gewerkschaftliche Tradition in den Herkunftsländern gibt. In die Gewerkschaft einzutreten sei aus ihrer Kultur heraus „keine Selbstverständlichkeit mehr“. Deswegen müsse ver.di sie gezielt ansprechen – über Menschen und Themen.

Wie das klappen kann, zeigt die schweizerische Gewerkschaft Unia. Ein Viertel der Gewerkschaftssekretäre hat dort einen Migrationshintergrund. Die Unia versteht sich als größte Migrant/innenorganisation der Schweiz. Rund die Hälfte der Mitglieder kommt nicht aus der Schweiz, besonders stark vertreten sind Mitglieder aus Italien, Portugal, den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens, Frankreich, Spanien, der Türkei und Deutschland, die mittlerweile in der Schweiz arbeiten.

Die Unia druckt ihre Materialien in mehreren Sprachen, zum Beispiel für die Baubranche in sieben Sprachen, im Gastgewerbe in bis zu zehn. Neun Mal im Jahr erscheint die Beilage „Horizonte“ zur Gewerkschaftszeitung „Work“ in den Sprachen Spanisch, Portugiesisch, Albanisch, Serbo-Kroatisch und Türkisch. Sie wird von einer eigenen Redaktion gemacht, die auf die besonderen Probleme dieser Gruppen eingeht.

Quelle: verdinews 05/April 2009 ■

Gegen europäisches Büro für Asylfragen

Der Bundesrat wendet sich gegen die Pläne der europäischen Kommission, ein europäisches Büro zur Unterstützung von „STIMMEN! für Flüchtlingsschutz und Kinderrechte“.

Der Schutz von Flüchtlingen ist in Europa in den Schutz vor Flüchtlingen verkehrt. Ihre Lebensbedingungen sind nach wie vor miserabel. Jugendliche ohne Grenzen haben deswegen die Kampagne „Koalitionsaussage für Flüchtlingsschutz und Kinderrechte“ entwickelt und wollen mit dem Aktionsbündnis „Hier Geblieben!“ im Wahljahr 2009 möglichst viele WahlkandidatInnen dazu gewinnen, die Koalitionsaussage zu unterschreiben. Darüber hinaus gibt es von

LagerInventour 2009

unterwegs gegen Ausgrenzung und Lagerzwang

Der Bayerische Flüchtlingsrat begibt sich auf eine Lager-Inventour. Wir werden eine Woche lang, vom 16.4. bis 22.4.2009, mit einem Wohnmobil in Bayern unterwegs sein, um an den Orten der Flüchtlingslager festzustellen, was noch an lebendigen Strukturen der Flüchtlingssolidarität existiert. In ganz Bayern wollen wir Unterkünfte, Initiativen und Beratungsstellen vor Ort besuchen, um uns ein Bild von der Lebenssituation von Flüchtlingen, der gängigen Praxis lokaler Ausländerämter und den Möglichkeiten und Problemen von FlüchtlingsunterstützerInnen vor Ort zu machen. Gleichzeitig werden wir unsere Ergebnisse einer größeren Öffentlichkeit zugänglich machen.

Lagerpflicht für Flüchtlinge abschaffen!

ExpertInnen-Anhörung am 23.4.09 im Bayerischen Landtag

In Bayern gilt eine strikte Lagerpflicht für Flüchtlinge. Sie hat ihre gesetzliche Grundlage im bayerischen Landesaufnahmegesetz (AufnG) von 2002. Die Unterbringung von Flüchtlingen in Sammellagern soll zudem, so die Bayerische Asyldurchführungsverordnung (DVAsyl) von 2002, „die Bereitschaft zur Rückkehr in das Heimatland fördern".

Auf dieser rechtlichen Grundlage werden 7636 Personen in 118 Flüchtlingslagern zermürbt: Jahrelange Unterbringung in Mehrbettzimmern in alten Gasthöfen, ausgedienten Kasernen und verrotteten Containerunterkünften, Gemeinschaftsküchen und -bäder, Polizeikontrollen zu allen Tages- und Nachtzeiten, Essens- und Hygienepakete, gebrauchte Kleidung oder Gutscheine, Arbeitsverbote, Residenzpflicht und Anzeigen wegen Verstoßes gegen die Passpflicht sind die Instrumentarien, die dem Unterbringungszweck, der Förderung der Rückkehrbereitschaft, dienen.

Nach jahrelangem Druck ist endlich Bewegung in das Lagersystem gekommen: Am 3.12.08 entschied der Bayerische Landtag in einer kuriosen Sitzung einstimmig, 2 Münchner Containerlager aufgrund der katastrophalen Situation umgehend zu schließen. Die Landeshauptstadt München, der Landkreis Neuburg-Schrobenhausen und zuletzt Würzburg forderten die Staatsregierung auf, den Auszug in Privatwohnungen zu erlauben. Am 23.4.2009 findet im Bayerischen Landtag eine interfraktionelle Anhörung zur Situation von Flüchtlingen in bayerischen Flüchtlingslagern statt, danach wird eine Neuregelung durch den Bayerischen Landtag folgen. Die betroffenen Flüchtlinge, die seit Jahren unter dem Lagersystem leiden, und der Bayerische Flüchtlingsrat haben dazu nur eine Forderung: Flüchtlingslager abschaffen – Wohnungen für alle!

www. fluechtlingsrat-bayern.de

PRO ASYL, DGB und Interkulturellem Rat und anderen Organisationen Forderungen nach einer grundlegenden Änderung der Migrations- und Flüchtlingspolitik. Im Aufruf von „Jugendliche ohne Grenzen" heißt es:

„Liebe Flüchtlinge und Papierlose, liebe für Flüchtlingsschutz und Kinderrechte Aktive, liebe Wählerinnen und Wähler, liebe Kinder, liebe Jugendliche, Wir möchten euch dazu aufrufen, euch an der ‚Online-Unterschriftenaktion für Flüchtlingsschutz und Kinderrechte' zu beteiligen. Online unterschreiben unter könnt Ihr unter: http://www.ipetitions.com/petition/STIMMEN09/

Die Unterschriftenaktion ist Teil der Kampagne „STIMMEN! für Flüchtlingsschutz und Kinderrechte", die im Vorfeld von Europa- und Bundestagwahl 2009 stattfindet: http://www.stimmen09.de

„Wir fordern alle KandidatInnen dazu auf, die ‚Koalitionsaussage für Flüchtlingsschutz und Kinderrechte' zu unterschreiben und entsprechende Politik umzusetzen. Die Unterschriftenaktion soll zeigen, dass hinter den Forderungen eine Vielzahl von Menschen und darunter auch Wählerinnen und Wählern steht.

Das Sterben an den EU-Außengrenzen muss ein Ende haben, Flüchtlingen muss die gefahrlose Einreise in die EU ermöglicht werden und sie müssen in dem Land ihrer Wahl einen Antrag auf Asyl stellen können. Die Lebensbedingungen von Flüchtlingen und Papierlosen müssen auch und vor allem in der BRD dringend und umfassend verbessert werden. Auch ihnen steht ein selbstbestimmes Leben in Würde zu, nicht Duldung, Lagerunterbringung, Arbeitsverbote und Residenzpflicht. Die Vorbehaltserklärung der BRD im Bezug auf die UN-Kinderrechtskonvention muss aufgehoben werden, so dass Kinderrechte in Deutschland nicht mehr nur für deutsche, sondern für alle Kinder gelten."

Die Aktion wird getragen vom Aktionsbündnis Hier Geblieben! Jugendliche ohne Grenzen, GEW, Flüchtlingsrat Berlin, PRO ASYL, GRIPS Theater und vielen unterstützenden Gruppen als Teil des Kampagnenbündnisses STIMMEN! für Flüchtlingsschutz und Kinderrechte

Vom Kampagnenbündnis werden den KandidatInnen Fragen zu Brennpunkten in den Bereichen Flucht, Asyl und Migration zugesendet werden. Die Antworten sollen Umsetzungsverbindlichkeiten schaffen und darüber informieren, wer in der folgenden Legislaturperiode welche konkreten Schritte bezüglich Flüchtlingsschutz und Kinderrechten plant.

Voraussichtlich Ende April werden den Europa-KandidatInnen von CDU/CSU, SPD, Die Grünen, Die Linke und FDP Fragen zu folgenden Themenkomplexen zugesandt:

- Kinderrechte bei Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten
- Familienzusammenführung und Eheschließung
- Dublinsystem und Aufnahmerichtlinien
- Grenzschutz und Frontex
- Papierlose: Achtung von Menschenrechten statt Kriminalisierung
- Abschiebehaft
- EU-Verantwortung für Flucht und Migration

Die Antworten werden dokumentiert

Quelle: flucht@nds-fluerat.org ■

Verharmlosung der Neonazi-Szene in der Region Aachen-Düren durch die Staatsanwaltschaft Aachen

Die Neonaziszene in der Region Aachen- Düren gehört zu den aktivsten und gefährlichsten Banden in NRW. Alle – selbst der Verfassungsschutz in NRW – haben es begriffen, nur die Aachener Staatsanwaltschaft gefällt sich weiter darin, die kriminellen Neonazi-Vereinigungen gewähren zu lassen und dafür lieber gegen alles loszuschlagen, was in ihren Augen „links“ ist. Die Neonazis der Region sind bislang nicht ausreichend unter Verfolgungsdruck gesetzt worden. Die Neonazis ziehen daraus den Schluss, dass sie den Strafverfolgungsbehörden in der Region auf der Nase herum tanzen können.

Ein aktueller Fall macht es nötig, diese einseitige Haltung der Aachener Staatsanwaltschaft noch einmal ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen.

Die Neonazis gehen mit ihren politischen Gegnern so um, wie das auch ihre „Vorbilder“ in SS und Gestapo machten: Drohungen sind an der Tagesordnung und tatsächliche Körperverletzungen nehmen zu.

Eine Gruppe mit dem Namen Anti-Antifa Herzogenrath hat auf ihrer mittlerweile abgeschalteten Homepage Namen, Adressen und Fotos von Antifaschistinnen und Antifaschisten aus der Region Aachen veröffentlicht. Die Überschrift der Internetseite lautete „zum Abschuss freigegeben“ und wurde durch das Symbol gekreuzter Pistolen unterstrichen.

Ein großer Teil des Textes bezieht sich auf einen Aussteiger aus der Neonazi-Szene, der auf vielfältige Weise bedroht wird. Im Text kommt das durch die Formulierung „Schnappt ihn“ in italienischer Sprache zur Geltung.

Die anderen Namen von Antifaschistinnen und Antifaschisten wurden teilweise mit regelmäßiger Zugverbindung und Schulweg verbunden, was auf eine systematische Ausspähung und die Planung von Gewalttaten hinweist.

Mehrere der Betroffenen haben Strafanzeige wegen Bedrohung gestellt. Einer von ihnen hat jetzt eine Antwort von der Staatsanwaltschaft Aachen bekommen, die völlig inakzeptabel ist. In der Antwort der Staatsanwaltschaft wird der Antifaschist zunächst mit dem Aussteiger verwechselt, was auf eine mangelnde Sorgfalt bei der Arbeit deutet. Immerhin wird der Aussteiger mit Namen auf der Nazi-Homepage genannt. Schlimmer aber noch ist die „Begründung“ warum die Staatsanwaltschaft nicht gegen die Neonazis vorgehen will. Der Staatsanwalt empfindet die Formulierung „Zum Abschuss freigegeben“ nicht als Bedrohung. Vielmehr wollten die Nazis in „scharfer Form“ klarmachen, dass sie den Aussteiger nicht mehr bei sich sehen wollten. Die Angabe von Adressen auf der Neonazi-Homepage sei strafrechtlich nicht relevant, eine Entfernung sei deshalb nur auf zivilrechtlichem Weg möglich.

Diese Einstellung des Staatsanwalts ist so realitätsfern, dass es zum Fürchten ist. Seit 1990 haben die Neonazis über 130 Menschen aus rassistischen Gründen oder weil sie sie zum politischen Gegner erklärten ermordet. Darunter befinden sich auch etliche Polizisten. Muss denn erst wieder Blut fließen, bis die Staatsanwaltschaft erwacht? Die Neonazis, die ein antifaschistisches Jugendkonzert in Stolberg überfielen und einige junge Besucher schwer verletzten sind bis heute nicht gefasst. Die Neonazis, die zweimal die Scheiben bei einer antifaschistischen Familie einwarfen und deren schwere Verletzung in Kauf nahmen, sind bis heute nicht ermittelt. Die Neonazis, die im März 2008 eine angemeldete Demonstration bewaffnet überfielen stehen bis heute nicht vor Gericht.

Wir haben nicht vergessen, dass die Staatsanwaltschaft vor einigen Jahren auf den Vorwurf eines Nazis, er fühle sich beleidigt, gegen einen Antifaschisten ohne jede Zurückhaltung und unter Missachtung der Verhältnismäßigkeit der Mittel ermittelte. Der Vorwurf gegen den Sprecher der Eschweiler Bürgerinitiative gegen alte und neue Nazis lautete: Beihilfe zum Versuch der Beleidigung. Die Wohnung des Antifaschisten wurde durchsucht, sein Computer beschlagnahmt. Natürlich fand man nichts und der „Vorwurf“ musste fallengelassen werden. Dies zeigte aber in aller Klarheit, zu welchen Maßnahmen die Staatsanwaltschaft Aachen in der Lage ist, wenn es gegen Linke geht.

Es wird an der Zeit, dass sich die Einstellung der Verantwortlichen ändert. Der Aufstand der Anständigen ist verrauscht, die staatlichen Stellen verharren in den Löchern ihres ideologischen Grabenkrieges der 50 und 60er Jahre. So darf es nicht weitergehen.

Wir fordern den Innenminister des Landes NRW auf, in der untergeordneten Behörde Staatsanwaltschaft Aachen für Ordnung zu sorgen. Die Staatsanwaltschaft Aachen ist bei der Bekämpfung des Neofaschismus kein Teil der Lösung, sondern ein Teil des Problems.

Auf je 10 Neonazis kommt ein vom Staat bezahlter Neonazi. Die Spitzel sollen angeblich ein Instrument der Demokratie sein. Sie sind es nicht. Das Spitzelunwesen sollte abgeschaltet werden. Es hat das NPD Verbot bis heute verhindert, es schützt die Öffentlichkeit nicht vor den Straftaten der Neonazis. Die Neonazi-Szene in der Region ist eine kriminelle Vereinigung. Und so sollte die auch behandelt werden: sofortige und ersatzlose Auflösung.

Kurt Heiler, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten Aachen ■

Es ist über ein Jahr her, dass eine antifaschistische Demonstration von bewaffneten kriminellen Neonazis überfallen wurde. Die Demonstration hat ein Jahr später ein juristisches Nachspiel, aber nicht einer der namentlich bekannten Angreifer steht vor Gericht. Vor Gericht stehen am Dienstag, den 28. April ab 9.00 Uhr vielmehr der Leiter der angemeldeten und friedlichen Demonstration sowie ein weiterer Teilnehmer. Der Vorwurf: Angeblich hätten die beiden Widerstand gegen VollstreckungsbeamtInnen geleistet. Aachener Antifaschist/Innen fordern die sofortige Einstellung dieses konstruierten Verfahrens und die vollständige und harte Verurteilung der kriminellen Neonazis. Sie rufen auf zu einer

Kundgebung und Demonstration am Montag, 27. April 2009
um 18.00 Uhr an der Kasernenstraße/Ecke Boxgraben, Aachen

Der Prozess findetam Dienstag den 28. 4. 2009 im Amtsgericht Aachen, Raum 1.025 auf der ersten Etage ab 9.00 Uhr statt. Da es Einlasskontrollen gibt, bitte rechtzeitig eintreffen.

Dramatischer Anstieg rechtsextremer Straftaten in Dortmund

Im Jahr 2008 kam es in Dortmund und Lünen zu 402 Straftaten, bei denen der Verdacht rechtsextremer der fremdenfeindlicher Motive vorlag. Dies teilte Polizeipräsident Hans Schulze auf eine Anfrage der Dortmunder Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke mit. Dies ist ein dramatischer Anstieg rechtsextremistischer und rassistischer Straftaten innerhalb eines Jahres. Für 2007 nannte das Polizeipräsidium noch 247 derartige Straftaten, 2006 waren es 222 und 2005 noch 195. Dazu Ulla Jelpke: „Dortmund ist seit langem eine Hochburg für militante Neofaschisten im Ruhrgebiet. Mit regelmäßigen Drohungen und Überfällen auf Antifaschisten und Migranten, Anschlägen auf linke Zentren und alternative Kneipen, Aufmärschen und selbst Morden an einem Punker und drei Polizisten terrorisiere Rechtsextreme seit langem unsere Stadt. Doch bislang hat Polizeipräsident Hans Schulze beharrlich geleugnet, dass es ein Naziproblem in Dortmund gibt. Während seine Polizei für Neonaziaufmärsche den Weg durch massive Proteste der Bevölkerung freiprügelte, wurden aktive Antifaschistinnen und Antifaschisten strafrechtlich verfolgt. Nun hat der Polizeipräsident selber sicherlich noch unvollständige Zahlen vorgelegt, die sich nicht mehr verharmlosen lassen. Ich hoffe, dass dem jetzt auch Taten folgen. Es ist auf jeden Fall ein Erfolg unserer beharrlichen Forderung, dass das Polizeipräsidium erstmals eine genauere Aufschlüsselung der mutmaßlich rechtsextrem motivierten Straftaten erstellt hat.“

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

Stellungnahme der Anarchistischen Gruppe/Rätekommunisten AG/R

Nach Dresden – Wieder in die Offensive kommen!

Sie

Der deutsche Neofaschismus ist auf dem Weg, eine Soziale Bewegung zu werden. Das ist der Eindruck, den Dresden machte.

Wir haben an dieser Stelle nicht den Wunsch, akademisch darüber zu streiten, ob der Terminus „Soziale Bewegung" die richtige Bezeichnung im sozialwissenschaftlichen Sinne ist. Es geht uns um eine Bestandsaufnahme, wo der Faschismus heute steht – darüber stritten wir allerdings gern!

Wir stellen fest, der gewalttätige Neonationalsozialismus – Kameradschaften, „Autonome" Nationalisten bis hin zur NPD –

Die „Autonomen" Nationalisten sollten in ihrer Bedeutung nicht überschätzt werden. Es hat zurzeit nicht den Anschein, als würde dieses Konzept nennenswert neue Neunazis generieren, sondern als fände eine Umschichtung innerhalb der Szene zu einem moderner anmutenden Label statt. Viele Jungnazis haben schlicht keinen Spaß mehr an der ihnen bei Aufmärschen – um der Legalität willen - zugedachten Position des Verschiebematerials in der Verkleidung des braven Biedermanns, da mann sich eigentlich in der Rolle des entfesselten Volkszorns sieht.

– festigt seine Strukturen und wird damit handlungsfähiger,

– gewinnt an Mobilisierungskraft für seine großen Aktionen,

Dresden und 1. Mai. Beim „Heldengedenken" in Halbe sowie beim Heß-Marsch in Wunsiedel bleibt abzuwarten, ob sie weiterhin verboten bleiben.

– kann effektiver als bislang Nachwuchs an sich binden,

Natürlich ist das Problem neofaschistischer Ideologie in Teilen der Jugend und nazistische subkulturelle Hegemonie in erheblichen Strecken des Ostens älter, aber die Mobilisierung für organisiert-faschistische Arbeit gelang nur sporadisch.

– verliert zunehmend seine Angst vor autonomen AntifaschistInnen – soweit diese überhaupt vorhanden war,

– geht zu gewaltförmigerem Auftreten nach dem Vorbild der SA auch in der Öffentlichkeit über und verzichtet auf nach außen friedlich wirkende Konzepte, die ein Demonstrieren erst ermöglichen sollten.

Im faschistischen Lager haben sich die Gewichte verschoben. Dieser Situationswechsel betrifft auch antifaschistische Tätigkeit.

Kam es früher (zumindest in Westdeutschland) vornehmlich darauf an, das Erringen bürgerlicher Reputation von DVU, REPs oder BFB, als Bedingung für nachhaltige, also sich wiederholende Wahlerfolge, zu hintertreiben, so hat sich mittlerweile der „Kampf um die Straße" in den Vordergrund geschoben.

Stiefelnazis, faschistische Schlägerbanden, ja sogar Boneheads waren über weite Strecken ein eher kleineres Problem v.a. in den Vorstädten, aus denen jeder Szenemensch, der auf sich hielt, ohnehin bald wegzog.

Wir

Unsere Seite – die antifaschistische – ist gezeichnet von einem Nichtverstehen der neuen Situation, d.h. des veränderten Auftretens und der gewachsenen Stoßkraft der Nazis, die sich schon etwas länger abzeichnet.

Hilflosigkeit spricht aus dem atemlosen Nazis Hinterhertoben, ein enormer Kräfteverschleiß, weil fast jedes Wochenende eine – schlecht vorbereitete – Anti-Nazi-Demo stattfindet. Oder aus der de facto Reduktion des Antifaschismus auf „Nazis raus"; von der verständlichen, aber doch nur Ohnmacht ausstrahlenden Verbotsforderung der moderateren Kräfte ganz abgesehen.

Uns ist die gesellschaftliche Ausstrahlung abhanden gekommen, es fehlt der weitertreibende, der revolutionäre Impuls. Wir versprühen keine Begeisterung, entfachen nicht den Wunsch, bei uns mitzumachen. All das sind aber Voraussetzungen, um wieder in die Offensive zu kommen. Wer, wenn nicht wir, wäre in der Lage, Impulse zu geben, mit unserer umwälzenden Radikalität. Wir sind die, die mit Ausbeutung und Unterdrückung grundsätzlich und ein für alle mal Schluss machen wollen.

Was nötig ist:

AntifaschistInnen dürfen sich nicht auf Antifaschismus beschränken, sondern müssen antikapitalistische Politik voranbringen. Andere Bewegungen der Linken – ob sozialpolitische, antimilitaristische, antiimperialistische, ökologische, antirassistische, feministische – sollten auch antifaschistische Politik machen, sollten Mobilisierungen gegen Naziaufmärsche mittragen – wenn sie es nicht tun, werden sie eines Tages auch ihre jetzige Politik nicht mehr machen können, weil Nazis sie daran gewalttätig hindern werden. Antifaschismus ist eine Frage der Selbstbehauptung, des Selbstschutzes und nicht der Moral! (...)

- Wir müssen die Ursachen aller Miseren erklären – immer wieder und möglichst auf den Punkt gebracht, d.h. ohne uns in halbwissenschaftlichen Details zu verlieren.
- Der Kampf, den die radikale Linke gegen alle Miseren und gegen ihre Ursachen vorschlagen wird, muss so radikal sein wie die Wirklichkeit. Es gibt keine reformistischen Lösungen! Wir werden das Bestehende nicht hinnehmen und es etwas verbessern, sondern wir stellen die Frage: Wie wollen wir leben?
- Wir brauchen eine Balance zwischen Eigenständigkeit und Bündnispolitik – darüber sollten wir diskutieren. Dabei gehen wir davon aus, dass

A) wir eine Zusammenarbeit auch mit reformistischen Kräften brauchen. Wir sollten uns also an Bündnissen beteiligen, in ihnen agieren wir radikal und vorantreibend. Wir dürfen niemals der Nachtrab von DGB oder Linkspartei o.ä. sein, wie dürfen niemals so lau und verschnarcht, so handzahm und miesepetrig, wie sie werden.

B) wir zahlreiche eigene Aktionen, Demonstrationen usw. brauchen, da sich nur dort die ganze Radikalität unserer Vorstellungen Geltung verschaffen kann. Eigenständigkeit ist aber kein Selbstzweck. Nur da, wo andere Strömungen nicht mitwollen, machen wir „unser Ding". Es gibt keinen Grund, auf andere zu verzichten, wo wir gemeinsam gehen könnten.

Das ist unsere Revolte!

AG/R (Anarchistische Gruppe/ Rätekommunisten)
www.agr.de.vu, agr@nadir.org ■
(aus Platzgründen leicht gekürzt)

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.

Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Polen: Schuld am Krieg

Nation & Europa April 2009

„Deutsche und Polen: Auf gute Nachbarschaft?“ – das könnte nach einer seriösen Abhandlung über das im Laufe der letzten Jahrhunderte nicht unkomplizierte Verhältnis der beiden benachbarten Länder und Völker klingen – wäre es nicht das Thema der Aprilausgabe von „Nation & Europa“. Der Titel des dazugehörigen Aufsatzes von *Karl Richter* klingt denn auch schon weitaus weniger seriös: „Unwürdiger Streit um Vertriebenen-Zentrum: Polnische Anmaßung“. Eigentlich brauchte es Richters sieben Seiten langen Beitrag gar nicht mehr, bereits die Überschrift spricht schließlich für sich. Dennoch lohnt es sich, sich mit ihm zu befassen, fasst er doch fast programmatisch die Haltung der deutschen Rechten gegenüber Polen zusammen.

Zuerst eine, vielleicht die, grundlegende Richtersche Erkenntnis: „Weil Maßlosigkeit und heillose Selbstüberschätzung polnische Dauererscheinungen sind“. Aber da fehlt doch noch etwas? Keine Angst, es wird einige Seiten später nachgeliefert: „Jahrhundertelang war die ‚polnische Wirtschaft‘ überall in Europa ein gängiges Synonym für Schlamperei und Dauerchaos...“. Fehlt eigentlich nur noch der Hang zum übermäßigen Alkoholkonsum... Den aber schenkt sich selbst der NE-Redakteur. Allerdings nur, um Polen stattdessen ernstere Dinge vorzuwerfen: „Zum anderen regt sich augenscheinlich das schlechte Gewissen. Es drückt die polnischen Vertreiber offenbar so heftig wie am ersten Tag, und die furiose Empörung zeigt, daß das Ungeheuerliche der an Deutschen begangenen Verbrechen zum kollektiven Wissen östlich der Neiße gehört“.

Polen hat also Verbrechen an Deutschen verübt. Um die zu ermöglichen, musste es allerdings im Jahr 1939 einen Krieg anfangen: „Auch die bislang letzte polnische Teilung, die von 1939, hat bekanntlich ihre ungute Vorgeschichte, und die Versuche der Reichsregierung, die Drangsalierung der seit dem Ersten Weltkrieg unter polnische Herrschaft geratenen Volksdeutschen zu beenden, währten bis in die letzten Augusttage. Polen, ermuntert von Kriegstreibern in London und Washington, entschied sich in maßloser Selbstüberschätzung für den Konflikt – und bezahlte teuer. Man sieht: Größenwahn und eigene Unzulänglichkeit liegen in Polen seit jeher nah beieinander“.

Anders ausgedrückt: Warum provoziert Polen auch einen Krieg, wenn es ihn nicht gewinnen kann? Sechs Millionen tote polnische Einwohner, komplett ausradierte und ausgerottete Gemeinden: Alles Schuld von polnischem Größenwahn verbunden mit Unzulänglichkeit! Das war allerdings laut Richter schon immer so: „Wenn Polen in den letzten gut zweihundert Jahren immer wieder Opfer mächtigerer Nachbarn wurde – den drei Teilungen im 18. Jahrhundert folgte 1939 die vorerst letzte zwischen Deutschland und Rußland – dann waren das Land und seine Bewohner daran oft genug selbst mitschuldig“.

Was den Umgang mit der Vergangenheit betrifft, könnte Polen sich an Deutschland ein Beispiel nehmen, gäbe es da nicht ein kleines aber prinzipielles Problem: „Es wäre verfehlt, anderen ausgerechnet die Auseinandersetzung der Deutschen mit ihrer eigenen Vergangenheit als nachahmenswertes Vorbild vorzuhalten. Denn die bundesdeutsche ‚Vergangenheitsbewältigung‘ ruht weithin auf einseitigen Schuldvorwürfen, die den Besiegten nach dem Krieg von alliierten Umerziehungs-Psychologen eingetrichtert wurden und die seither von allzu willigen Gesinnungshistorikern à la Knopp, Benz & Co. kritiklos weitergebetet werden“.

Pro Köln bzw. pro NRW versucht sich in der Öffentlichkeit von offenen Neonazis abzusetzen und distanziert sich sogar von ihnen. Das hindert die Rheinländer um die Herren Markus Beisicht und Manfred Rouhs natürlich nicht, in der braunen Szene für den zweiten Aufguss ihres „Antiislamisierungskongresses“, der als öffentliche Kundgebung am 9. Mai in Köln stattfinden soll, zu werben. So dient die gesamte hintere Umschlagseite des aktuellen N&E-Heftes als Anzeigenfläche für die pro-Köln-Aktion. Dass die Führungsriege der selbsternannten Kölner „Bürgerbewegung“ auch sonst keine Berührungsängste nach rechts kennt, dokumentiert *Thorsten Thomsen* in seinem Beitrag „‚Internationale der Nationalen‘: Europas Rechte vor der Wahl“: „Daß es trotz solcher Fallstricke Fortschritte auf dem Weg zu einer gemeinsamen europäischen Rechten gibt, wurde bei einer Wiener Konferenz deutlich, zu der Andreas Mölzer, FPÖ-Europaabgeordneter und seit vielen Jahren Motor der eurorechten Idee, kürzlich eingeladen hatte. Neben namhaften Repräsentanten der FPÖ, des Vlaams Belang, des Front National, der Lega Nord und Ataka fanden sich auch erstmals hochrangige Vertreter der Dänischen Volkspartei, Der Schweizerischen Volkspartei (SVP), der Radikalen Partei Serbiens (SRS), der spanischen Alternativa Espanola und der italienischen Forza Nuova zu weiterführenden Kooperationsgesprächen ein....Von deutscher Seite nahmen Judith Wolter, Markus Beisicht und Markus Wiener (Pro NRW/Pro Köln) sowie DVU-Chef Matthias Faust und sein Stellvertreter Ingmar Knop teil“.

Man darf gespannt sein, ob der ganzseitig beworbene Kongress für die Veranstalter(innen) ein Erfolg wird. Bereits jetzt haben Antifaschist(inn)en, denen es am 20.9.2009 durch vielfältige Massenproteste und -blockaden gelungen war, die Vorgängerveranstaltung zu verhindern, angekündigt, auch diesmal nicht untätig zusehen zu wollen. Unter dem Motta „Aufgestanden, hingegangen, abgepfiffen!“ rufen sie auf, die rechte Zusammenrottung erneut ins Wasser fallen zu lassen.

Manche Aussagen können nicht kommentiert werden. Hier der Leserbrief von *Volker Wittmann* aus Gauting an N&E:

„Die protestantische deutsche Kanzlerin Angela Merkel gegen den katholischen Papst Joseph Ratzinger in Rom: Darin schwingt ein Hauch von mittelalterlichem Investiturstreit mit, weltlich gegen geistlich, Reformation gegen Reaktion. Vor allem steht hier eine ehemalige Aktivistin der sozialistischen Freien Deutschen Jugend (FDJ) gegen einen einstigen Pimpf der nationalsozialistischen Hitler-Jugend (HJ) und damit auch wie einstmals DDR gegen BRD, Sozialismus gegen Kapitalismus, nicht zu vergessen Jahrgang 1954 gegen Jahrgang 1927, ‚Tochter‘ gegen ‚Vater‘. Von da ist es nicht mehr weit zu Sigmund Freud (Jude), Holocaust-Leugner Williamson... und so weiter. Da sage noch einer, in dieser Welt ginge es nicht logisch zu“. *tri* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507